

Mitgliederrundbrief

Nr. 7

Mai 1989

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

nach sechsjähriger Vorstandsarbeit hat sich Gerhard Schoenberner auf der letzten Mitgliederversammlung von seiner Vorsitzenden- und Vorstandsarbeit verabschiedet. Bereits seit einiger Zeit angekündigt, kam sein Schritt nicht überraschend, denn er hatte mehrfach auf seine vielfältigen Verpflichtungen hingewiesen, die ihm für die Arbeit im "Aktiven Museum" nicht die erforderliche Zeit ließen. Er war Vorsitzender des Vereins in nicht gerade einfachen Zeiten: das Gestapo-Gelände mit seiner Geschichte mußte gegen den erklärten Widerstand der CDU-F.D.P.-Koalition zum Thema gemacht werden; Wettbewerbsentwürfe, Wiederaufbaupläne des Prinz-Albrecht-Palais und Schandfleckensbeseitigungsabsichten zur 750-Jahr-Feier drohten permanent die historische Bedeutung des Geländes zu negieren, von ihr abzulenken und das Areal der ehemaligen Zentrale des nationalsozialistischen Terrorapparates bis zur politischen Harmlosigkeit unkenntlich zu machen. Mit der provisorischen Herrichtung des Geländes und der Ausstellung "Topographie des Terrors" wurden unter Gerhard Schoenberners Mitwirkung erste Schritte zur Informations- und Aufklärungsarbeit unternommen.

Die Forderung der "Perspektive Berlin" nach Errichtung eines Holocaust-Mahnmals auf dem Gelände dominiert z.Z. die öffentliche Auseinandersetzung. Bisher erfolglos hatte sich Gerhard Schoenberner um eine Vermittlung zwischen dem "Aktiven Museum" und Lea Rosh's Initiative bemüht. In einem Leserbrief in der "Zeit" vom 5.5.89 schreibt er bezugnehmend auf einen Artikel von Eberhard Jäckel, der eine Beendigung der Diskussion um das Gelände und die sofortige Errichtung des Mahnmals forderte: "Das Schlimmste ist, daß auf diese Weise ganz falsche Fronten errichtet und die wenigen im Land, die in solchen Fragen engagiert sind und Verbündete sein müßten, noch auseinanderdividiert werden."

Der Vorstand ist Gerhard Schoenberner zu großem Dank verpflichtet, daß er mit viel Engagement und Arbeitseinsatz die Idee des "Aktiven Museums" auch in schwierigen Zeiten vorangetrieben hat und mit seiner Hilfe eine Idee zunehmend konkrete Formen annahm. Wir hoffen im Sinne seines oben zitierten Gedankens, daß er - zurückgetreten in den Rang eines normalen Mitglieds - auch weiterhin Verbündeter des "Aktiven Museums" bleiben und uns mit seinem Wissen unterstützen wird.

Als neue Vorsitzende wurde Leonie Baumann gewählt, die seit einem Jahr im Vorstand und seit 1985 als Delegierte für den Berufsverband Bildender Künstler und den Berliner Kulturrat Vereinsmitglied ist. Der Vorstand wird in seiner neuen Zusammensetzung mit allen Kräften versuchen, die neuen politischen Verhältnisse eines rot-grünen Senats für die Realisierung eines Aktiven Museums zu nutzen. Zumal der Einzug der "Republikaner" in die Bezirksverordnetenversammlungen und das Abgeordnetenhaus es dringender denn je erforderlich macht, Lehren aus der Vergangenheit für ein aktuelles Handeln zu ziehen, für das das "Nie Wieder" gilt.

Der Vorstand

Aktives Museum
Faschismus
und Widerstand
in Berlin e.V.



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antirassismus
SJD — Die Falken
VYN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4510 18-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 100 10

DER NEUE VORSTAND

Am 13. April 1989 wählte die Mitgliederversammlung des AKTIVEN MUSEUM turnusgemäß den Vorstand des Vereins. Der neue Vorstand setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen:

Vorsitzende: Leonie Baumann
stellvertretende Vorsitzende: Christine Fischer-Defoy
stellvertretender Vorsitzender: Thomas Lutz
Schatzmeister: Reiner Gutte
Beisitzer: Annette Ahme
Klaus Croissant
Anne von Törne
Hans Tödtmann
Robert Zeiler

Die Redaktion des Mitgliederrundbriefes bedankt sich bei Gerhard Schoenberner für die kritische Begleitung unserer Arbeit und wünscht dem neuen Vorstand Elan, Einfallsreichtum, einen langen Atem und vor allem

VIEL ERFOLG !

Neu in den Vorstand wurden gewählt:

Annette Ahme (32) ist Angestellte und Studentin (Geschichte).

Sie war von 1985 bis 1987 Abgeordnete für die Alternative Liste im Abgeordnetenhaus, davor in der BVV-Kreuzberg.

Seit Gründung des Vereins ist sie Mitglied im AKTIVEN MUSEUM.



Annette Ahme



Klaus Croissant

Klaus Croissant (58) ist Rechtsanwalt in Berlin und Bezirksverordneter der Al in Kreuzberg. Mitglied der VVN/VdA.

Im Stammheimer Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe von der Verteidigung ausgeschlossen, wurde er 1979 von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Stuttgart wegen "Überschreitung der Grenzen der Verteidigung" nach dem berüchtigten § 129 StGB zu zweieinhalb Jahren Haft und vier Jahren Berufsverbot verurteilt.

Seine Wiederezulassung als Anwalt erkämpfte er 1985 in Berlin.

AKTIVES MUSEUM e.V. · Köthener Straße 44 · 1000 Berlin 61



**STELLUNGNAHME DES AKTIVEN MUSEUMS
ZUR FORDERUNG NACH EINEM HOLOCAUST-MAHNMAL
AUF DEM GESTAPO-GELÄNDE**

Der Verein "Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin" hat mit Befremden den Versuch der "Perspektive Berlin" zur Kenntnis genommen, ein sogenanntes "Holocaust-Mahnmal" auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände mit allen Mitteln durchzusetzen. Diese Form des Lobbyismus, durch teure Anzeigen eine über den Diskussionsstand nicht aufgeklärte Öffentlichkeit für sich einzunehmen und durch persönliche Beziehungen Druck auf die verantwortlichen Politiker auszuüben, gleichzeitig aber jedes Gespräch mit den seit Jahren in der Auseinandersetzung um das Gestapo-Gelände engagierten Gruppen und Bürgerinitiativen zu verweigern, ist weder dem Problem Gestapo-Gelände angemessen, noch zeugt es von demokratischer Kultur.

Die Vorstellungen der "Perspektive Berlin" sind aber nicht nur in der Form, sondern auch in der Sache abzulehnen. Der Eindruck, die "Perspektive Berlin" habe mit ihrer Mahnmals-Idee den gordischen Knoten jahrelanger Diskussionen durchschlagen, trägt. Die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Geländes sind deshalb so langwierig, weil ein großes Mahnmal die einfachste, aber auch die falsche Lösung ist. Ein Denkmal in der Art, wie es die "Perspektive Berlin" vorschlägt, wäre ein Rückfall hinter den Erkenntnisstand des Wettbewerbs 1983.

Der Kern des Konflikts zwischen der "Perspektive" und uns liegt in der unterschiedlichen Herangehensweise. Die "Perspektive" will in erster Linie ein Denkmal für die vom deutschen Faschismus ermordeten Juden und sucht dafür ein Grundstück, das sie im Gestapo-Gelände gefunden zu haben meint. Das "Aktive Museum" geht vom Gelände aus als einen "Ort nicht angenommener deutscher Geschichte" (Wolfgang Scheffler). Wenn man sich nach über 40 Jahren diesem Ort nun stellt, muß man sich zuerst fragen, welche historische Realität er repräsentiert.

ORT DER TÄTER

Das ehemalige Gestapo-Gelände unterscheidet sich von anderen Gedenkortern, zum Beispiel KZ-Gedenkstätten, dadurch, daß - wenn man von den Verhören in der Prinz-Albrecht-Straße und dem sog. "Hausgefängnis" absieht - zwischen Tätern und den von ihnen initiierten Verbrechen oft tausende von Kilometern lagen. Der bürokratische Charakter, das Schreibtischtätertum, kommt überdeutlich zum Ausdruck. Die Täter in Prinz-Albrecht- und Wilhelmstraße waren keine primitiven Schläger, sondern

*Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antirassismus
SJD — Die Falken
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv*

*Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4610 19-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 100 10*

zum Teil hochqualifizierte Beamte.

Der spätere Gestapo-Chef Heinrich Müller beispielsweise diente vor 1933 in der bayerischen politischen Polizei und wurde von Heydrich wegen seiner hervorragenden beruflichen Leistungen in die Gestapo übernommen und nicht wegen seiner "weltanschaulichen" Einstellung. Der Gau München der NSDAP hat jahrelang versucht, den Eintritt Müllers in die NSDAP zu verhindern. Aber nicht nur einzelne Personen, auch der Apparat insgesamt atmen Kontinuität. Der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamtes, der in diesen Fragen ja nicht unkompetente Karl Herold, vertrat die Meinung, "daß die von den nationalsozialistischen Machthabern geschaffene zentralgesteuerte Kriminalpolizei Entwicklungen aufnahm, die ohne sie weit vorher mit einer gänzlich andersartigen Zielsetzung in Gang gesetzt worden waren." Bedauernd fügt er hinzu, daß der "Mißbrauch" dieser an sich hervorragenden Institution "die zentrale Kommandolösung" abgewertet habe. Das Reichskriminalpolizeiamt war identisch mit Amt V des Reichssicherheitshauptamtes und u.a. für die Verfolgung und Deportation der Zigeuner verantwortlich.

Das Gestapo-Gelände muß also ein Ort werden, an dem über die Täter nachgedacht werden kann, über die Strukturen, in denen sie arbeiteten und über das Weiterwirken dieser Strukturen bis heute. Mit einem Denkmal läßt sich diese Aufgabe nicht lösen.

WIDERSTAND, VERFOLGUNG UND VERNICHTUNG

Man kann über Täter nicht reden, wenn man ihre Taten nicht benennt. Das Gestapo-Gelände muß daher auch ein Ort des Gedenkens an die Opfer werden. Eine Argumentation allerdings, die ein "Holocaust-Mahnmal" mit der Begründung favorisiert, daß die Verbrechen an den Juden mit keiner anderen Untat der Nazis vergleichbar seien (so Eberhard Jäckel in der "Zeit" vom 7.4.89) führt zu blankem Zynismus. Hier werden zwei Dinge in unzulässiger Weise zusammengeworfen: Die wissenschaftlich-analytische Frage nach den Elementen von "Hitlers Weltanschauung", in der zweifellos der Antisemitismus die dominierende Rolle spielte, und die Trauer über die gequälten und ermordeten Opfer des Hitler-Faschismus. Bei der Trauer gibt es keine relevanten oder weniger relevanten Opfer. Juden, Zigeuner, sowjetische Polit-Kommissare, Homosexuelle usw. sind im Tode gleich und gleich zu respektieren. Es darf in der Gedenkstättenarbeit keine Hierarchisierung der Opfer geben. Es ist ein unbequemer Anspruch, denn die Tatsache, daß es heute noch "vergessene Opfer" des deutschen Faschismus gibt, liegt nicht in erster Linie am Versagen der Geschichtswissenschaft, sondern am Weiterbestehen übermächtiger Vorurteilsstrukturen. Nicht-Hierarchisierung der Opfer ist also auch ein Stück "Gegenwartsbewältigung", Bestandteil eines "aktiven" Museums.

Das Beharren darauf, daß ein wie immer gestaltetes Gestapo-Gelände allen Opfern der Gestapo und des RSHA gerecht werden muß, bedeutet keineswegs die Flucht in eine unverbindliche Abstraktion. Im Gegenteil: So wie die bürokratischen Abläufe der Terrorzentralen präzise beschrieben werden müssen, genauso klar müssen die Opfer dieser Bürokratie benannt werden. Die Institutionen auf dem Gelände - Gestapo, SS, SD und RSHA - belegen eindringlich den Zusammenhang von politischer Repression und rassistischem Vernichtungsprogramm.

Es wird deutlich, daß erst der politische Widerstand zerschlagen werden mußte, bevor man daran gehen konnte, den Rassismus vom Wort in die Tat umzusetzen. Der freigelegte Boden des sog. "Hausgefängnisses" der Gestapo hat, so unscheinbar er ist, einen hohen Symbolwert für den politischen Widerstand.

Wenn von der "Perspektive Berlin" gefragt worden ist, wo, wenn nicht auf dem Gestapo-Gelände, ein Holocaust-Mahnmal stehen soll, kann man zurückfragen, wo, wenn nicht hier, ein Erinnerungsort für die verfolgten und ermordeten Homosexuellen geschaffen werden muß, an einem Ort, an dem das Homosexuellenreferat der Gestapo institutionalisiert war. Wo, wenn nicht hier, kann der Opfer der Einsatzgruppen, jüdischen und nichtjüdischen, gedacht werden, dem Ort, an dem die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Die naheliegende Überlegung, man solle doch erst das Holocaust-Denkmal errichten und dann könne man dieses Denkmal durch weitere ergänzen, ist zwar verführerisch, aber gefährlich. Ein Denkmal in den Dimensionen, wie es sich die "Perspektive Berlin" vorstellt, würde das Problem "Prinz-Albrecht-Gelände" mit einem Schlag erledigen. Je teurer und imposanter es wird, um so eher die Neigung der Öffentlichkeit, dieses Kapitel nun endlich abzuhaken. Die Alternative kann nur ein Gesamtkonzept sein, das das Gelände in allen seinen Dimensionen erfaßt und für das hier zumindest einige Stichpunkte vorgelegt werden sollen.

GRUNDGEDANKE

Das Gelände fordert dazu auf, verschiedene eng miteinander zusammenhängende Aktivitäten hier zu realisieren: Markieren, forschen, erinnern, lehren, lernen, mahnen, gedenken, gestalten, vermitteln, begegnen. Alle diese Aktivitäten bedingen einander und schließen sich auf keinen Fall gegenseitig aus: Ohne markieren kein forschen; ohne forschen kein erinnern; ohne erinnern kein lehren; ohne erinnern, lehren und lernen kein mahnen und gedenken; ohne vermitteln und begegnen kein sinnvolles gedenken; ohne lernen kein verändertes handeln.

MARKIEREN

Der Zellenfußboden des Gestapo-Hausgefängnisses ist der zentrale Gedenkort für den politischen Widerstand. Er muß vor weiterer Zerstörung bewahrt, in geeigneter Weise zugänglich bleiben und vor mutwilliger Beschädigung geschützt werden.

FORSCHEN

Die Forschung zur Gestapo und zum Reichssicherheitshauptamt ist defizitär. Forschung im Rahmen eines "Aktiven Museums" muß jedoch anwendungsbezogen sein, darf die politische Bildung als Hauptaufgabe nicht vernachlässigen. Eine akademische Verselbständigung ist unbedingt zu vermeiden. Praxisorientierte Forschung könnte zum Beispiel bedeuten: Aufbereitung von Archivmaterialien für die Arbeit von Gruppen, Vertiefung der Kenntnisse über die Struktur des Verfolgungsapparates und damit besseres Informationsangebot für Besucher, Austausch der Forschungsergebnisse mit anderen Gedenkstätten im In- und Ausland.

ERINNERN

Die Dokumentation von Erlebnisberichten jetzt noch lebender Zeugen, die mit der Gestapo-Zentrale zu tun hatten, muß verstärkt fortgesetzt werden. Für die Arbeit müssen gesicherte personelle und finanzielle Grundlagen geschaffen werden.

LEHREN, VERMITTELN UND LERNEN

Das Aktive Museum hilft allen interessierten Personen und Gruppen in der aktiven Aneignung der Geschichte, Ausstellungen zu erarbeiten, Lokalgeschichtsschreibung zu betreiben, Rundgänge zu organisieren u.v.a.m.. Filme, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Arbeitsgruppen, Hochschulaustauschprogramme unterstützen eine intensive Auseinandersetzung mit der besonderen Geschichte des Gestapo-Geländes. Die Ausstellung "Topographie des Terrors" ist ein erster Schritt in Richtung Informations- und Aufklärungsarbeit, der jedoch noch nicht ausreichend ist.

GESTALTEN

Nach 40 Jahren Nichtbeachtung ist es falsch, in überstürzter Hast das Gelände zu gestalten. Als offene Wunde erinnert es uns auch an die Verdrängung des Themas nach 1945. Zur Findung von Gestaltungsformen bedarf es einer intensiven, öffentlich geführten Diskussion unter Einbeziehung der Organisationen der Opfer und der überfallenen Länder. Schritt für Schritt soll das Gelände in seiner inhaltlichen Dimension und den Möglichkeiten und Chancen seiner Vermittlung wachsen.

BEGEGNEN

Begegnung muß am Ort stattfinden können. Hierfür müssen ausreichende Räumlichkeiten - auch unter Ausnutzung vorhandener Räume (Europahaus/ Deutschlandhaus) geschaffen werden.

Es darf weder bzgl. der Trägerschaft noch bzgl. des weiteren Umgangs mit dem Gelände bürokratische nichtöffentliche Entscheidungen geben. Es muß eine offene Form der Trägerschaft gefunden werden, in der die bisher am Diskussionsprozeß zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände beteiligten Organisationen und Gruppierungen zusammengefaßt sind.

Berlin, April 1989

PRESSEDOKUMENTATION ZUR DISKUSSION UM EIN HOLOCAUST-MAHNMAL

Die auf den ersten Seiten des Rundbriefs abgedruckte Stellungnahme des AKTIVEN MUSEUM ist vor allem eine Reaktion auf die von der "Perspektive Berlin" vehement in die Öffentlichkeit getragenen Forderung nach einem Holocaust-Mahnmal auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände. Wir dokumentieren hier einen Teil der Aufrufe und Artikel, die zu diesem Thema erschienen sind. Außer den im folgenden abgedruckten Presseveröffentlichungen sind noch von Bedeutung: Eberhard Jäckel, "An alle und jeden erinnern?" in DIE ZEIT Nr. 15 vom 7.4.89; Leserbrief dazu von Gerhard Schoenberger, "Falsche Fronten" in DIE ZEIT Nr. 19 vom 5.5.89; Romani Rose, "Ein Mahnmal für alle Opfer des NS-Regimes" in DIE ZEIT Nr. 18 vom 18.4.89; Hartwig Maack, "Politische Weichen gestellt" in VOLKSBLATT vom 20.4.89; "Die quälende Diskussion um eine Gedenkstätte", Interview mit Tilmann Fichter in der taz vom 24.4.89.

PERSPEKTIVE

BERLIN e.V.

Les Floss (Vorsitzende),
Ada Witkake-Schoitz (stellw. Vorsitzende)

2. Aufruf AN DEN BERLINER SENAT AN DIE REGIERUNGEN DER BUNDESLÄNDER AN DIE BUNDESREGIERUNG

Ein halbes Jahrhundert ist seit der Machtübernahme der Nazis und dem Mord an den Juden Europas vergangen. Aber auf deutschem Boden, im Land der Täter, gibt es bis heute keine zentrale Gedenkstätte, die an diesen einmaligen Völkermord, und kein Mahnmal, das an die Opfer erinnert.

Das ist eine Schande.

Deshalb fordern wir, endlich für die Millionen ermordeter Juden ein unübersehbares Mahnmal in Berlin zu errichten. Und zwar auf dem ehemaligen GESTAPO-Gelände, dem Sitz des Reichsicherheitshauptamtes, der Mordzentrale in der Reichshauptstadt.

Die Errichtung dieses Mahnmals ist eine Verpflichtung für alle Deutschen in Ost und West.

Willy Brandt, Rudolf Bahro, Gert Bastian, Klaus Bednarek, Gerd Börsen, Volker Braun, Margherita von Brentano, Herta und Paul Amirani, Klaus von Dohnanyi, Vivi Eickelberg, Eberhard Fechner, Ossip K. Flechtstein, Hanns Joachim Friedrichs, Ralph Giordano, Peter Glotz, Maurice Goldstein, Günter Grass, Heinrich Hannover, Christoph Hein, Karlheinz Hiersemann, Dieter Hildebrandt, Hilmar Hoffmann, Klaus Hoffmann, Alfred Hrdlicka, Uchi Ippenoorf, Eberhard Jäckel, Inge u. Walter Jens, Petra Kelly, Peter Kirschner, Beate u. Serge Klarsfeld, Oskar Lafontaine, Dieter Lämmle, Udo Lindenberg, Anke Martiny, Ulla Meinecke, Marlies Menge, Egon Monk, Heiner Müller, Leonie Ossowski, Uta Ranka-Heinemann, Jan Philipp Reemtsma, Horst-Eberhard Richter, Irene Runge, Otto Schily, Mario Simmel, Helmut Simon, Heide u. Udo Simonis, Friedrich Schrottemmer, Klaus Staack, Franz Steinkühler, Antje Vollmer, Klaus Wagenbach, Gerd Wulter, Konstantin Wecker, Christa Wolf, Frieder Wolf, Christoph Zöfel.

40 DDR-Unterzeichner, Tausende Unterzeichner aus Berlin-West, BRD, Ost- u. West-Europa.

Der 1. Aufruf v. 30.1.89 für ein Erinnerungsmahnmal an die Vernichtung der europäischen Juden fand tausendfache Zustimmung, die aufgerufenen Regierungen aber haben mehrheitlich nicht reagiert. Die Berliner SPD hat jedoch vor und nach der Wahl ihre Unterstützung für eine Holocaust-Mahnmal erklärt.

Für die PERSPEKTIVE BERLIN: Christian Ferner, Tilmann Fichter, Rolf Kriebich, Rainer Papenfuß, Jakob Schütze-Rohr, Arndt Seifert.

Unterschriften und Spenden an:
PERSPEKTIVE BERLIN e.V.
Tempelhofer Ufer 22, D-1000 Berlin 61
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Konto-Nr.: 30717, BLZ 100 105 00
Spendenbescheinigungen werden zugeschildt.

Aufruf

des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma an den Bundeskanzler, den Regierenden Bürgermeister von Berlin und die Ministerpräsidenten für die zentrale Gedenkstätte des Völkermords:

Holocaust heißt auch die Vernichtung von 500 000 Sinti und Roma. Über drei Jahrzehnte lang war es in der Bundesrepublik Deutschland möglich, die Verbrechen dieses Völkermords aus rassistischen Gründen an den Sinti und Roma totzuschweigen. Das darf in Berlin keine Fortsetzung finden. Dort muß es ein gleichberechtigtes Gedenken an alle Völkermordopfer geben. Die Bürgerinitiative „Perspektive Berlin“ bezieht sich bei ihrer Forderung nach einer zentralen Gedenkstätte und einem Erinnerungsmahnmal allein auf den Völkermord an den Juden Europas.

Der für den Völkermord am jüdischen Volk verwandte Begriff der Einmaligkeit trifft aber genauso für den Holocaust an den Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa zu. Auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände in Berlin, dem Sitz des Reichsicherheitshauptamtes, das mit dem Amt V die zentrale Planungs- und Organisationsstätte für den Massenmord an den Sinti und Roma war, darf es keine Ausgrenzung oder Unterteilung in Völkermordopfer erster und zweiter Klasse geben. Von Anfang ihrer Machtergreifung an war es Ziel der Nazis, die beiden sogenannten „außereuropäischen Fremdrassen“, Juden und „Zigeuner“, vom Neugeborenen bis zum Greis familienweise im besetzten Europa zu vernichten. Schon 1933 verlangte das „Rasse- und Siedlungsamt“ der SS, „Zigeuner und Zigeunermischlinge“ zu sterilisieren. „Es gibt keine Verfolgung erster oder zweiter Klasse“, so Willy Brandt auf der ersten Gedenkkundgebung 1979 in Bergen-Belsen für die 500 000 Opfer der Sinti und Roma.

„Am 21. Dezember 1962 stellte die Bundesregierung ebenso grundsätzlich wie eindeutig fest: „Den Sinti und Roma ist durch die NS-Diktatur schweres Unrecht zugefügt worden. Sie wurden aus rassistischen

Gründen verfolgt... diese Verbrechen sind als Völkermord anzusehen.“ Die Erinnerung an diese wie an die unzähligen anderen Opfer von Gewaltherrschaft und Rassenwahn darf niemals verlorengehen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. November 1985 im Deutschen Bundestag.

„50 Jahre nach Himmlers Erlaß zur „Endlösung der Zigeunerfrage“ sind wir alle gehalten, mit Trauer und Beschämung auch dieses Völkermords zu gedenken. Nicht mit falschem Pathos. Sondern mit der festen Absicht, daraus konkrete Konsequenzen zu ziehen.“
SPD-Fraktions- und Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel in der Gedenkstunde des Zentralrats deutscher Sinti und Roma am 16. Dezember 1988 im Berliner Reichstagsgebäude.

„Sinti und Roma waren Ziel des rassistischen Vernichtungsprogramms des Nationalsozialismus. Dieses himmelschreiende Unrecht ist immer noch nicht allen bewußt, nicht überall bekannt.“

Bischof Anton Schlembach im Dom zu Speyer am 13. März 1988 zum 45. Jahrestag der letzten großen „Zigeuner“-Deportationen aufgrund Himmlers „Auschwitz-Erlaß“ vom 16. Dezember 1942.

Bundesregierung, Berliner Senat und die Regierungen der Länder müssen ihrer Verpflichtung gegenüber den Sinti und Roma für eine gemeinsame Gedenkstätte der Opfer des Völkermords in Berlin Rechnung tragen.

Romani Rose (Heidelberg), Otto Rosenberg (Berlin) für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Spenden für diesen Aufruf des Zentralrats auf das Konto Nr. 424-754 beim Postgroszamt Karlsruhe sind steuerlich absetzbar.

Über den Völkermord an den Sinti und Roma und die behinderte Diskriminierung in der Bundesrepublik informiert „Das Buch zum Rassismus in Deutschland – Bürgerrechte für Sinti und Roma“, herausgegeben vom Zentralrat, Blumenschstraße 4, 6900 Heidelberg (DM 8,80)

oben: aus Frankfurter Rundschau Nr. 79, 05.04.1989, S. 4
links: aus Der Spiegel Nr.14, 03.04.1989

»Dabei kommen belanglose Gedenkstätten raus!«

Interview mit Jakob Schulze-Rohr, Gründungsmitglied und derzeitiger Geschäftsführer des Vereins »Perspektive Berlin«, zum Konflikt mit dem Zentralrat der Sinti und Roma um das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin

taz: In Ihrem Aufruf für ein Völkermord-Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes werden die Sinti und Roma nicht erwähnt. Haben Sie die vergessen, oder war das eine bewußte politische Entscheidung?

Schulze-Rohr: In dem Aufruf tauchen auch andere Gruppen, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, nicht auf...

Es geht in dem Aufruf doch um die Opfer des Völkermordes. Das bezieht sich auf die Juden, nicht auf das Volk der Sinti und Roma.

Das bezieht sich in diesem Fall ausschließlich auf die Juden, richtig. Die Vernichtung des europäischen Judentums war eine erklärte Absicht Hitlers, das kann man in »Mein Kampf« nachlesen — das war also schon zu Beginn der zwanziger Jahre erklärtes Hauptziel der Nazis. Alle anderen Gruppen, die später in den KZs umgekommen sind, waren ursprünglich nicht als Opfer vorgesehen. Wir wollen mit dieser Trennung zum einen der Geschichte Gerechtigkeit tun, so wie sie nun mal ist. Zum anderen haben wir die Erfahrung gemacht, daß, wenn man pauschal die Opfer des Nationalsozialismus benennt, sich entweder alle, bis hin zu Nazis, die sich irgendwann mal distanzieren haben, oder keiner angesprochen fühlt. In Bitburg ging das ja so weit, daß sogar ehemalige SS-Leute sich angesprochen fühlten.

Um dieses Problem von vornerein auszuschalten und die Sache sauber zu halten — wenn ich mal so sagen darf —, haben wir das Holocaust-Mahnmal für die Juden konzipiert. Wir haben aber immer ganz klar gesagt: Auf dem Mahnmal-Gelände soll für alle betroffenen Gruppen Platz sein.

Sie sagen: Man muß präzise argumentieren. Der Zentralrat der Sinti und Roma argumentiert nun seinerseits so, daß nicht nur die Juden als Volk verfolgt worden sind, sondern auch das Volk der Sinti und Roma. Es geht nicht um die politisch Verfolgten, sondern um die Opfer des nationalsozialistischen Rassismus, es geht in Ihrem Aufruf um diejenigen, an denen ein organisierter Völkermord verübt worden ist.

Ja. Aber die Roma und Sinti sind im Anfang überhaupt nicht diskriminiert worden. Man denke nur an die Zigeunerkeller, Zigeunermusik, Zigeunerspieß: Das gab's alles auch während der Nazizeit. Es gab sogar Zigeuner als Wehrmachtangehörige. Also die Ausrottung der Zigeuner als Volksgruppe war ursprünglich nicht geplant.

Aber der Massenmord hat doch stattgefunden. 500.000 Sinti und Roma wurden bis 1945 umgebracht.

Ja, das ist richtig. Aber es ist nicht Programm der Nazis gewesen, so wie es das Programm der Nazis war, die Juden und Bolschewisten als

Symbolfiguren des sogenannten Plutokratismus auszurotten. Diese Art Programm hat es für keine andere Gruppe gegeben. Was selbstverständlich nicht ausschließt, daß der anderen Gruppen gedacht werden muß. Bei den Zigeunern ist es ja auch so: Die reinrassigen Zigeuner wurden geschont und als interessante Rasse anerkannt. Die wurden nicht verfolgt. Verfolgt und umgebracht wurden die sogenannten Mischlinge. Bei den Juden war es genau umgekehrt. Wir wollen einfach verhindern, daß durch eine Pauschalierung alles in einen Topf geworfen wird. Da könnte man dann auch den SS-Mann reinnehmen, der irgendwann seine Waffe weggeworfen hat und übergelaufen ist. Da kommen dann diese belanglosen Gedenkstätten dabei raus. Wir werden uns nie dagegen stellen, daß bei dieser Holocaust-Gedenkstätte alle betroffenen Gruppen repräsentiert werden. Ich stelle mir das so vor: Es würde ein Kapitel über Kriegsgefangene geben. Dann gibt es die sogenannten Ostarbeiter; russische Zivilisten, die verschleppt wurden. Dann gibt es die Kommunisten, die als sogenannte fünfte Kolonne schon ab 1933 in die KZs gesperrt worden sind, und so weiter. Ich meine, so eine Gedenkstätte muß sich hüten, alles durcheinanderzuwerfen und indifferent zu werden.

Wie wollen Sie sich denn nun mit

dem Zentralrat in dieser Angelegenheit auseinandersetzen?

Die Kritik des Zentralrates zeugt von einer Kompromißlosigkeit, die ich nicht verstehen kann. Unsere Vorsitzende, Lea Rosh, hat Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats, in stundenlangen Telefongesprächen klargemacht, worum es geht. Außerdem hat sie ihm einen Brief geschrieben. Für uns ist es unverstänlich, warum die Sinti und Roma da einen derartigen Wirbel machen. Wir wollen die doch nicht ausgrenzen. Das Ganze ist noch unverstänlich, wenn man weiß, daß Lea Rosh einen Film gemacht hat, der sich voll und ganz für die Sinti und Roma einsetzt. Es ist einfach absurd. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß die Sinti und Roma bisher immer übers Ohr gehauen worden sind, zum Beispiel in der Entschädigungsfrage. Das sind natürlich gebrannte Kinder.

Sie finden das absurd — der Konflikt ist aber da. Was machen Sie jetzt?

Wir haben in etwa zwei Wochen einen Termin bei Momper, wo wir über die Ausgestaltung des Mahnmals und der Gedenkstätte reden werden, in der selbstverständlich alle Opfer repräsentiert und dokumentiert sein werden. Ich hoffe, daß sich das damit von selbst erledigt.

Interview: ccm

tageszeitung, 13.04.1989

LESERBRIEFE

tageszeitung, 20.04.1989

Wider die historischen Fakten

Betr.: »Dabei kommen belanglose Gedenkstätten raus«, taz vom 13.4.89, und »Perspektive Berlin würdigt Holocaust-Opfer herab!«, taz vom 15.4.89 Ich kann und will es nicht fassen, daß hier in Berlin ein Mahnmal für den Völkermord geplant wird, auf dem der Völkermord der Sinti und Roma geleugnet werden soll. Es ist doch eine glatte Lüge von Herrn Jakob Schulze-Rohr, daß die Sinti und Roma zu Anfang nicht diskriminiert wurden. Sie wurden in Lager gesteckt, eines sogar in Berlin-

Marzahn; zu den Olympischen Spielen 1936 sollte die Stadt »zigeunerkolonial« sein, und sie mußten unter den unwürdigsten Bedingungen, da ja einige als »reinrassig« galten, rassenbiologische Untersuchungen über sich ergehen lassen. Die Begründungen des Herrn Schulze-Rohr für die Leugnung auf dem Mahnmal, sind der glatte Hohn.

Es ist doch infam, diese Leugnung damit zu entschuldigen, daß sie ja angeblich »ursprünglich nicht als Opfer vorgesehen waren«, also der Massenmord »ja nicht Programm der Nazis war«, und weil dann ja auch gleich »der SS-Mann, der übergelaufen ist«, mit auf dem Mahnmal stehen müßte.

Ich finde es im Gegensatz zu Herrn Schulze-Rohr nur allzu verständlich, wie sich hier der Zentralrat deutscher Sinti und Roma, gegen die angeblich nicht gewollte Ausgrenzung zu Recht wehrt. Steht die Vorsitzende Lea Rosh eigentlich auch hinter den Aussagen ihres Ge-

schäftsführers? Ich finde es zwar sehr bewundernswert von ihr, sich in einem Film für die Sinti und Roma einzusetzen, jedoch wäre es mir vollkommen unverständlich, wie sie ein Mahnmal akzeptieren könnte, das für den Völkermord im Dritten Reich stehen soll, wobei der Völkermord an Sinti und Roma nicht erwähnt werden soll.

In diesem Sinne kann ich nur hoffen, daß sich die Sache nicht »von selbst erledigt«, und der Völkermord an 500.000 Sinti und Roma und an sechs Millionen Juden gemeinsam auf dem Mahnmal an diese Taten erinnert.

Anke Jacobs, Berlin

Zunächst war mir das Interview mit J. Schulze-Rohr nur unbehaglich. Erst der detaillierte Nachweis von R. Rose, wie der Völkermord an den Sinti und Roma geplant und durchgeführt wurde, hat mir die Fragwürdigkeit der Position von Schulze-Rohr deutlich werden lassen.

Daß von Schulze-Rohr wi-

der die historischen Taten Exklusivität des Holocaust an Juden behauptet wird, mag ja noch angehen, obwohl es schon stutzig macht, wenn als Kriterium für Völkermord der Zeitpunkt der Planung gelten soll. Ich denke, Schulze-Rohr ist sich der Schwäche dieser Argumentation auch bewußt: selbst noch mehr Wiederholungen seiner Behauptung können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Sinti und Roma systematisch vernichtet wurden.

Wir Nachkommen der Täter sollen dieses Mahnmal errichten zur Erinnerung an die Opfer und ihre Leiden, aber auch als Zeichen der Trauer über die von unseren Eltern begangenen oder zumindest geduldeten Verbrechen. [...] Nach dem Interview mit Schulze-Rohr bin ich sicher, daß mit diesem Mahnmal auch der Sinti und Roma als Opfer des Völkermordes gedacht werden muß. Schlimmer als Schulze-Rohr kann mensch sich in einer solchen Diskussion nicht disqualifizieren.

Elisabeth Morack, Berlin

Im folgenden dokumentieren wir das bisherige Presseecho auf unsere Pressekonferenz, mit der das AKTIVE MUSEUM die Stellungnahme zu der Forderung nach einem Holocaust-Mahnmal der Öffentlichkeit vorstellte. Dies veranlaßte Lea Rosh, Vorsitzende der "Perspektive Berlin", zu einem Leserbrief an die "taz", den wir unkommentiert wiedergeben. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Äußerung zum Gestapo-Gelände des Berliner DGB-Vorsitzenden Michael Pagels in seiner Rede zum 1. Mai.

Ein Ort nicht angenommener deutscher Geschichte

Gegen ein Holocaustdenkmal auf Gestapogelände

(DW-PI). Das ehemalige Gestapo-Gelände an der früheren Prinz-Albrecht-Straße sei ein „Ort nicht angenommener deutscher Geschichte“, er sei in erster Linie ein „Ort der Täter“. Als solcher fordere er eine besondere, dem Ort angemessene Herangehensweise, die zu verwirklichen sich die Mitglieder des „Aktiven Museums“ in jahrelanger Arbeit bemühten. Von dieser Feststellung ausgehend kritisierten dessen Vertreter auf der gestrigen

Pressekonferenz das Vorgehen der Initiative „Perspektive Berlin“ in diesem Punkt. Die auch von Lea Rosh mitvertretene Absicht dieser Gruppe, auf dem Gestapo-Gelände zuvörderst ein Holocaustdenkmal zu errichten, und die Art, wie dieses Ziel zu verwirklichen versucht werde, könne man nur mit Befremden zur Kenntnis nehmen, stellten Vertreter des „Aktiven Museums“ fest.

Die von der „Perspektive Berlin“ vertretene Auffassung, daß die Verbrechen an den Juden mit keiner anderen Untat der Nazis vergleichbar seien, führe in dieser Form zu blankem Zynismus. Es dürfe zu keiner Hierarchisierung der Opfer kommen, wurde betont, auch wenn das un bequem sei, weil es verdrängen helfe, daß es noch heute „vergessene Opfer“ des Faschismus gebe. Die Bewältigung noch heute bestehenden übermächtiger Vorurteilsstrukturen

sei ein Stück notwendiger „Gegenwartsbewältigung“, die unter anderem gegenüber den Sinti und Roma oder den Homosexuellen zu leisten sei. Zwar stimme es, daß der Antisemitismus in der Ideologie Hitlers eine dominierende Rolle gespielt habe, jedoch sei die Vernichtung der Juden erst nach der Vernichtung der politischen Opposition möglich gewesen. Die Trauer um die Opfer des Faschismus dürfe keine mehr oder weniger relevanten Opfer unterscheiden.

Aus den genannten Gründen ergebe sich für das Gelände an der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße nur die Lösung eines Gesamtkonzeptes, das das Gelände in all seinen Dimensionen erfasse, hieß es vom „Aktiven Museum“. Für seine Mitglieder gelte die Maxime: Ohne Spuren zu markieren gebe es kein Forschen; ohne Forschen kein Erinnern; ohne Erinnern kein Lehren; ohne Lehren und Lernen kein Mahnen und Gedenken und kein verändertes Handeln.

Die Wahrheit, 29./30.04.1989

Streit um die Gestaltung des Gestapo-Geländes

„Die historische Bedeutung des Gestapo-Geländes muß als Ort der Täter erkannt und von daher eine dementsprechende Gestaltungsmöglichkeit gesucht werden. Ein sogenanntes ‚Holocaust-Mahnmal‘ ist keine Lösung“, erklärte gestern Leonie Baumann, Vorsitzende des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“.

Mit Befremden hatte der Verein den Versuch des Vereins „Perspektive Berlin“ zur Kenntnis genommen, ein „Holocaust-Mahnmal“ auf dem Gelände zwischen Prinz-Albrecht- und Wilhelmstraße in

Kreuzberg mit allen Mitteln durchzusetzen. Seit 1983 setzt sich das „Aktiv-Museum“ für eine Gestaltung des Geländes ein, die durch Ausstellungen oder Vorträge Besuchern inhaltliche Aufklärung über den Ort geben soll, an dem einst das „Reichsicherheitshauptamt“ gestanden hat.

Leonie Baumann: Grundsätzlich sei das „Aktive Museum“ nicht gegen ein Mahnmal. Es müsse nur an einer anderen Stelle stehen. „Es bietet sich zum Beispiel der Platz der Republik an.“ DoK

Berliner Morgenpost, 29.04.89

Verein gegen Mahnmal auf Prinz-Albrecht-Gelände

Gegen ein Mahnmal für die Millionen ermordeter Juden auf dem ehemaligen Gestapogelände an der früheren Prinz-Albrecht-Straße hat sich gestern der Verein „Aktives Museum – Faschismus und Widerstand in Berlin“ ausgesprochen. In dem Verein sind unter anderem die Aktion Sühnezeichen, die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, die Falken und der Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN) vertreten. Die Forderung nach einem Holocaust-Mahnmal speziell für die jüdischen Opfer des NS-Regimes war von dem Verein „Perspektive Berlin“ erhoben worden, der von Lea Rosh geleitet wird.

„Aktives Museum“ hält dem entgegen, das ehemalige Gestapogelände sei ein „Ort der Täter“. Dadurch unterscheide es sich von anderen Gedenkstätten, beispielsweise den Konzentrationslagern. Zwischen den Schreibtischtätern an der Prinz-Albrecht-Straße und den von ihnen organisierten Verbrechen hätten „oft Tausende von Kilometern“ gelegen. Die dortigen Täter seien keine primitiven Schläger, sondern zum Teil hochqualifizierte Beamte gewesen.

Am Gestapogelände müsse deshalb über die Strukturen nachgedacht werden, in denen diese Beamten arbeiteten und über das Weiterwirken dieser Strukturen bis heute“. Mit einem Denkmal lasse sich diese Aufgabe nicht lösen. Die auf dem Gelände gezeigte Ausstellung „Topographie des Terrors“ sei ein erster Schritt zur Information und Aufklärung der jedoch nicht ausreichende. Europa- und Deutschlandhaus an der Stresemannstraße müßten als Orte für Begegnungen genutzt werden, fordert „Aktives Museum“. Es müsse eine „offene Form der Trägerschaft“ gefunden werden, in der die an der Diskussion beteiligten Gruppen zusammengefaßt sind. (Tsp)

Der Tagesspiegel, 29.04.1989

»Aktive« Mahnstätte

Der DGB-Landesvorsitzende Michael Pagels hat sich in die Debatte um die künftige Gestaltung des ehemaligen Gestapo-Geländes eingeschaltet. Vor 50.000 ZuhörerInnen erklärte er auf der Kundgebung zum 1. Mai, daß die Parole »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« endlich lebendige Gestalt annehmen müsse. Dieser »Ort der Täter« solle endlich ein Ort werden, an dem »eine aktive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen, auch und gerade mit denjenigen, die den Faschismus geplant und verwaltet haben, ermöglicht wird«. Es ginge nicht nur um die Erinnerung an die Schrecken, sondern ebenfalls um die aktive Auseinandersetzung mit ihren Ursachen, damit sie heute wirksam bekämpft werden könnten, erklärte Pagels.

tageszeitung, 02.05.1989

»Der Tod jedes einzelnen ist singulär!«

Interview mit Hans Dingel, Mitglied des Vereins »Aktives Museum«, zur Forderung der »Perspektive Berlin« nach einem Holocaust-Denkmal auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände / Kritik an »Lobbyismus« und »ellenbogenhafter Art« geübt

taz: Sie werfen der »Perspektive Berlin« Lobbyismus vor. Wie meinen Sie das?

Hans Dingel: Das bezieht sich vor allen Dingen auf die Art und Weise, wie die »Perspektive« versucht, ihre Idee zu realisieren. Zum einen, daß man, ohne sich einzulassen auf die jahrelange Diskussion um das sogenannte Prinz-Albrecht-Gelände, eine Initiative startet, die mit sehr großem Medien- und Geldaufwand verbreitet, sich prominente Fürsprecher holt, von denen man zumindest bei den meisten annehmen kann, daß sie sich damit noch nicht intensiver beschäftigt haben. Gleichzeitig versuchen sie, Kontakt zum Regierenden Bürgermeister zu bekommen und legen sehr wenig Wert darauf, mit den bisher arbeitenden Gruppen darüber zu reden. Das scheint mir eine Art Lobbyismus und Politprofitem zu sein, die der Sache hier nicht angemessen ist.

Sie argumentieren gegen ein Mahnmal auf diesem Gelände. Wieso?

Ja, mit der Unterstreichung auf diesem Gelände. Wir dürfen nicht in die Situation geraten, daß wir sagen: »Wir wollen kein Holocaust-Mahnmal!« — obwohl man natürlich auch darüber intensiv diskutieren muß, wie das aussehen soll. Das Problem besteht in dieser Verknüpfung. Das erklärt, warum sehr viele engagierte Menschen den Aufruf der »Perspektive« unterzeichnet haben, weil sie der Meinung sind: Es fehlt in der Tat ein Mahnmal, das an das singuläre Ereignis rassistischer Vernichtung im deutschen Faschismus erinnert. Sich dann aber ein Grundstück zu suchen und zu sagen: Das haben wir in dem Prinz-Albrecht-Gelände, das ist nun der Fehler. Auf diesem Gelände kommt die Totalität faschistischer Verfolgungs- und Vernichtungspraxis zum Ausdruck. Natürlich melden sich jetzt andere Gruppen, die im Faschismus verfolgt worden sind, zu Wort, wie der Zentralrat der Sinti und Roma. Aber es sind ja nicht nur die, es sind ja auch andere, die sich bisher noch nicht gemeldet haben. Und das führt zu einer qualenden, falschen, verderblichen Diskussion über eine Hierarchie der Opfer. Wir sind der Meinung, daß auf diesem Gelände erstens deutlich gemacht werden muß, daß es ein ganz spezifischer Ort der Täter war; nämlich der Bürokratespitze, die Verfolgung und Vernichtung organisiert hat, die dann tausende Kilometer vom Gelände praktiziert worden ist. Insofern nicht vergleichbar mit einer KZ-Gedenkstätte. Und zweitens sind wir der Meinung, daß es eine Sache ist, sich damit zu beschäftigen, was die Kernelemente von Hitlers Weltanschauung sind, wo in der Tat der Antisemitismus eine zentrale Rolle spielt. Eine an-

dere Sache ist es, der Opfer zu gedenken. Die Opfer sind als Opfer gleich. Ob nun ein Zigeuner ermordet worden ist in Auschwitz, ob ein Homosexueller in einem KZ zu Tode gequält worden ist, ob ein Zeuge Jehovas die Strapazen der KZ-Qual nicht überleben konnte, ob es sich um Politkommissare der Roten Armee handelt, die aus Kriegsgefangenenlagern von Grup-

pen zu können. Und Rassismus ist auch mehr: Denn auch die Roma und Sinti sind verfolgt worden. Auch die imperialistische Komponente muß hineingebracht werden, also die Völkerverstellung, Europa neu zu strukturieren. Das zielt in erster Linie auf die Völker Osteuropas, auf die Polen, die zu einem Sklavenvolk herabgewürdigt werden sollten. Und die Völker im europäischen Teil der

Das Interview mit dem Geschäftsführer der »Perspektive«, Jakob Schulze-Rohr, das in der taz war, hat ja gezeigt, daß er von vielen Dingen keine Ahnung hat. Was er über die Roma und Sinti gesagt hat, ist ein Skandal. Das heißt: Aufklärung tut not. Da ist die »Topographie des Terrors« nur ein kleines Schrittchen. Das zweite: Man muß Institutionen auf dem Gelände oder in der

Ich werde die »Vernunft« erklären müssen. Ein unvernünftiger Weg wäre es, wenn man sich darunter vorstellt, es reiche aus, im parlamentarischen Verfahren eine Kommission einzusetzen, die das für uns löst. Vernünftig ist natürlich, daß der Staat sich seiner Verantwortung nicht entziehen kann. Er kann aber auch nicht sagen: Nun macht mal. Er muß sich engagieren. Es kann was Vernünftiges dabei rauskommen, wenn die Kommission in der Lage und willens ist, die Diskussionen und Erfahrungen, die sich in der interessierten Öffentlichkeit entwickelt haben, zur Kenntnis zu nehmen, produktiv zu erarbeiten und daraus einen Vorschlag zu machen.

Die öffentliche, nicht-staatliche Diskussion wird ja geführt von der »Perspektive« und Ihrem Verein, dem Aktiven Museum. Wie wollen Sie denn verhindern, daß das kein Konkurrenzprojekt wird?

Es ist schon ein großer politischer Erfolg für die »Perspektive«, wenn Sie sagen, die öffentliche Diskussion würde von der »Perspektive« und uns geführt. Das tut so, als wären wir gleichwertige Partner. Wir sind sicherlich ungleichwertig, was den Medieneinsatz angeht. Wir sind aber überlegen, was den Problemhorizont angeht. Die Gruppen, die sich mit dem Gelände beschäftigen haben, — das Aktive Museum, die Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände und die im Aktiven Museum zusammengeschlossenen Verbände — haben ein vielfaches an Wissen, was auf diesem Gelände passiert ist. Es gab Zeitzeugeninterviews und vieles mehr. Von der inhaltlichen Seite sieht die »Perspektive« sehr blaß aus. Sie hat die Durchschlagskraft deswegen, weil sie ein »single purpose movement« ist. Sie hat ein Ziel: Dieses Mahnmal. Alles andere interessiert sie nicht oder nur am Rande.

Wie wollen Sie sich denn nun mit der »Perspektive« verständigen?

Ich gehe davon aus, daß viele den Aufruf der »Perspektive« unterschrieben haben, weil ihnen die Idee eines solchen Mahnmals einleuchtet, die sich aber über den Standort relativ wenig Gedanken gemacht haben. Ich denke, daß man sich einigen kann, wenn man sagt: Gut, es ist richtig, wenn man von der Singularität des Mordes an den Juden spricht. Dann aber muß ein solches Mahnmal tatsächlich Ausdruck dieses kollektiven Erbes sein. Das bedeutet, daß es möglicherweise der falsche Weg ist, einen Ort zu suchen, der im historischen Kontext zu dieser Vernichtung steht. Ein positives Beispiel wäre, wenn man ein solches Mahnmal vor den Reichstag stellen würde. Da sieht ja, wie man weiß, »dem deutschen Volke« drauf. Und dem Deutschen Volk zeigt man mit diesem Mahnmal, was auch zur deutschen Geschichte gehört. Das wäre ein Platz, der angemessen wäre; der nicht beinhaltet, daß man sich nun wieder über die Hierarchie der Opfer streiten müßte.

Interview: C. C. Malzahn



Im Oktober 1986 wurde dieser Südflügel des Gestapo-Haus-Gefängnisses auf dem Prinz-Albrecht-Gelände freigelegt. Foto: Gutachten der Akademie der Künste: Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände

pen der Sicherheitspolizei und des SD (»Sicherheitsdienst«, red) selektiert worden sind, um dann erschossen zu werden: Sie sind im Tode gleich und müssen auch entsprechend gewürdigt werden, ohne daß man sagt: Der eine Tod ist wissenschaftlich bedeutsamer als der andere. Das ist der Skandal, daß diese beiden Dinge vernichtet worden sind. Dazu kommt die etwas ellenbogenhafte Art der »Perspektive«, ihre Konzeption durchzusetzen.

Tilman Fichter von der »Perspektive« hat in einem Interview mit unserer Zeitung die Initiative des Vereins verteidigt, unter anderem damit, daß er die Ermordung der Juden im Faschismus als Zivilisationsbruch kennzeichnete. Damit hat Fichter die Singularität dieses Verbrechens unterstrichen. Was sagen Sie dazu?

Erstens: Der Tod jedes einzelnen ist singulär. Wenn man von der ideologischen Konzeption ausgeht, hat Fichter natürlich recht. Es gibt keinen anderen Faschismus auf dieser Welt, der den Antisemitismus bis zur rassistischen Vernichtung in den Mittelpunkt gestellt hätte, so wie es der deutsche Faschismus getan hat. Da hat er recht. Aber das Prinz-Albrecht-Gelände ist mehr. Es ist der komplexe Zusammenhang von politischer Verfolgung, die vorangehen muß, um überhaupt das rassistische Vernichtungsprogramm durchzusetzen zu können.

Sowjetunion, die ebenfalls mit rassistischer Begründung auf einen Sklavensystem herabgewürdigt wurden. All dieses muß bei einer Bearbeitung des Prinz-Albrecht-Geländes, wenn es ein Ort nicht-angenehmer deutscher Geschichte ist, und wenn man sich diesem Ort nun stellt, dieses alles muß zum Ausdruck gebracht werden. Und wir fürchten, wenn man diesen Ort nimmt, um an das singuläre Ereignis der Vernichtung der europäischen Juden zu denken, daß dann zweierlei passieren wird: Daß diejenigen Gruppen, die man nicht zufällig vergessene Opfer des Faschismus genannt hat, weiter vergessen bleiben. Zweitens, daß ein solches Mahnmal auf diesem Gelände das Gegenteil von dem bewirkt, was es bewirken soll. Es wird bald nicht mehr stören, es wird ein Monument sein, an das man sich gewöhnt, an dem man Kränze niederlegt. Aber die aktive Auseinandersetzung, die das »Aktive Museum« will; die Beschäftigung mit der Vergangenheit, um Handlungsstrategien für die Gegenwart zu entwickeln, das würde völlig hinten runterfallen.

Wie wollen Sie diese aktive Auseinandersetzung denn gewährleisten?

Da gibt es eine Reihe von Vorstellungen, die aber noch nichts Präjudizierendes haben. Zum einen gibt es die Aufgabe der Dokumentation.

Nähe schaffen, wo es arbeitenden Gruppen möglich ist, sich selber diese Vergangenheit zu erarbeiten. Undes wird ein Ort sein, wenn er unbehindert werden soll, wo man sich einmischen muß in die aktuellen Entwicklungen. Wenn man sich zum Beispiel mit der Geschichte des Polizeiapparates in der Nazi-Zeit beschäftigt, wird man sich fragen müssen: Sind die heutigen Kontinuitäten, die wir bekämpfen müssen, weil wir die Vergangenheit kennen. Das heißt, die Verantwortung der jetzt lebenden Generation und der, die nach uns kommt, ist vergleichsweise größer als die Verantwortung der Generation, die den Faschismus erlebt hat, so paradox das klingt. Die Älteren nehmen für sich immer noch in Anspruch, daß das, was sich ab 1941/42 herausgebildet hat, 1933 so nicht erkennbar war. Was immer man von dieser Argumentation hält: Wir können so was nicht mehr sagen, wir wissen, was passiert ist. Und dieser Ort hat deshalb die Aufgabe, durch Aufklärung zu aktivem Handeln in der Gegenwart zu führen.

Walter Momper hat noch einmal darauf hingewiesen, daß die unterschiedlichen Vorstellungen zur Gestaltung des Geländes in einer Kommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Rürup bis zum Herbst diskutiert und geklärt werden sollen. Halten Sie das für einen vernünftigen Weg?

Berlin, 6.5.89



Sehr geehrte Damen und Herren.

Zu Ihrem Schreiben vom 28.4.89 schicke ich Ihnen der Einfachheit halber eine Zuschrift, die ich für die taz verfaßt habe. In dieser Stellungnahme sind im wesentlichen unsere Auffassungen beschrieben. Im Übrigen gibt es ja nun schon genügend Interviews in das taz, sodaß man gegenseitig nachlesen kann, wie die Meinungen sind.

Mit freundlichen Grüßen

1. Die PERSPEKTIVE BERLIN hat keine Lobby. Die Mitglieder unserer Bürgerinitiative können selbst denken und handeln. Das macht ja gerade eine Bürgerinitiative aus.
 2. Wir bezahlen unsere Anzeigen von dem Geld, das wir aus Spenden der Unterzeichner bekommen. Außerdem stehen wir seit Anfang November samstags vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz auf der Straße (auch bei Regen und Wind, siehe Foto), um Geld und Unterschriften von Berlinern zu sammeln. Der "große Geldaufwand" setzt sich also durchaus auch aus 1- und 2-Markstücken von wenig betuchten Passanten zusammen.
 3. Wir haben nicht "versucht", Kontakt zum Regierenden Bürgermeister aufzunehmen. Wir haben uns förmlich bei ihm angemeldet, um unseren Vorschlag zur Gestaltung dieses Geländes vorzutragen. Na und? Ist das etwa nicht in Ordnung? Und inwiefern ist das "ellenbogenhafte Art"?
 4. Wir wissen, daß die "Opfer als Opfer gleich sind". Die Unterzeichner unseres Aufrufes arbeiten zum Teil seit vielen Jahren über diese Thematik. Die haben diese Art von Belehrung wirklich nicht nötig. Auch haben nicht wir eine Diskussion über eine "Hierarchie der Opfer" angefangen. Wir haben uns vielmehr erlaubt (siehe Interview mit Tilman Fichter vom 24.4.89), eine andere Meinung als die Damen und Herren vom Aktiven Museum zu haben. Halten zu Gnaden! Wir werden uns auch weiterhin erlauben, eine andere Meinung zu haben und darauf zu bestehen, daß der Mord an den Juden Europas eine andere Geschichte hatte als der Mord an den Euthanasie-Opfern oder den Zigeunern und daß jede Geschichte deshalb eine eigene, ganz spezifische Geschichte ist. Wir werden deshalb weiter über die Gestaltung dieses Geländes nachdenken, auch wenn die Damen und Herren vom Aktiven Museum meinen, daß das ihnen und sonst niemandem zukommt. Da dieser Verein nun schon mehr als sechs Jahre nachdenkt, denken wir nun einfach mit. Ist Denken denn reserviert?
 5. Wir meinen, das Gelände gehörte schon einmal nur den Tätern. Die Opfer wurden aber garnicht alle "tausende von Kilometern" abgeschoben. Da muß man, wieder mal, fein säuberlich trennen. Die Vernichtungslager für die Juden waren in Polen, ja. Aber die Kommunisten, Sozialdemokraten und Euthanasieopfer zum Beispiel landeten in Deutschland. Die Konzentrationslager waren nicht so weit entfernt. Oranienburg mit dem KZ Sachsenhausen ist dicht bei Berlin!
- Wir meinen, die Opfer dürfen nicht wieder abgeschoben werden. In den Konzentrations- und Vernichtungslagern waren sie lange genug. Das Mahnmal für die Opfer gehört ins Zentrum der Stadt. Aber wir stellen keinen Ausschließlichkeitsanspruch. Das heißt, wir sind der Meinung, auf diesem Gelände ist Platz für die Opfer UND für Dokumentation von Tat und Tätern.
6. Ein Skandal ist nicht, was unser Geschäftsführer sagte. Der Skandal ist, daß bis zum Jahre 1989 kein Mahnmal für die ermordeten Juden aus den Europäischen Ländern in unserer Stadt steht. 5,1 Millionen Juden aus 17 Europäischen Ländern wurden ermordet. Europa ist weitgehend "judenfrei". Und da muß man ein Mahnmal für die Opfer verteidigen und sich Unterstellungen (statt sachlicher Diskussion) gefallen lassen und sich streiten, ob ein Mahnmal überhaupt, wenn ja, dann wo, aber am besten weit weg...
- Das ist deutsch. Die Täter dürfen sich die Hände reiben.

abgedruckt in: tageszeitung, 09.05.1989

Lea Rosh.

VON DER LANGSAMKEIT MAHLENDER MÜHLEN

Notizen beim Lesen alter Protokolle

9. März 1987: 27. Sitzung des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: "Besprechung über Zukunft des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in der räumlichen Nähe des ehemaligen Prinz Albrecht-Palais auf Antrag der SPD."

Die SPD erinnert an den einstimmigen Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 11. März 1982, dessen Realisierung immer noch ausstehe. In der Konzeption des Mahnmals sollte das Aktive Museum eine ganz besondere Rolle spielen. Nun bestehe die Sorge, dass bei der Blockrandbebauung an der Wilhelmstrasse das Aktive Museum unberücksichtigt bleibe.

Senator Hassemer antwortet, es sei unstrittig, dass in Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmahl auch "zur Erinnerung angeleitet werden solle". Diese staatliche Aufgabe könne aber nicht an einen -noch so honorigen- Verein abgegeben werden.

Ein volles Jahr vergeht: Die Ausstellung "Topographie des Terrors" wird eröffnet. Die Akademie der Künste erinnert in einer Presseerklärung daran, dass die Teilnehmer einer von ihr veranstalteten Anhörung vor genau vier Jahren eine Gedenkstätte und ein aktives Museum auf dem Gelände neben dem Gropiusbau gefordert haben. Die SPD stellt im Abgeordnetenhaus einen erneuten Antrag in dieser Sache, nachdem die BVV und das Bezirksamt Kreuzberg mit ihren Vorstößen gescheitert sind. So kommt das Thema schliesslich wieder in den Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses.

14. März 1988: 42. Sitzung. Punkt 3 der Tagesordnung sind Anträge der FDP, AL und SPD auf Fortführung der Ausstellung, Sicherung der Ausgrabungen und künftige Gestaltung des Geländes.

Die SPD hat die beiden wissenschaftlichen Berater der "Topographie des Terrors", Prof. Dr. Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberger für die Anhörung benannt, die AL Sabine Weissler für den Vorstand des "Aktiven Museums". Prof. Scheffler und Sabine Weissler legen noch einmal die bekann-

ten Forderungen dar. (Schoenberger ist auf Dienstreise.)

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema damit abzuschliessen. SPD und AL fordern Fortsetzung der Debatte. Auf Bitte der CDU wird das Thema erst am 9. Mai erneut behandelt werden.

9. Mai 1988: 45. Sitzung. Prof. Reinhard Rürup und Gerhard Schoenberger sind zur Anhörung eingeladen. TOP 3 (Gestapo-Gelände) wird, weil keine Zeit mehr bleibt, auf die nächste Sitzung vertagt.

13. Juni 1988: 46. Sitzung. Die geladenen Sachverständigen sind erneut anwesend. TOP 4 (Gestapo-Gelände), wieder an letzter Stelle auf der Tagesordnung, wird erneut vertagt. Nunmehr tritt die Sommerpause ein.

12. September 1988: 47. Sitzung. Die geladenen Sachverständigen sind anwesend. TOP 2 (Anträge der AL und SPD zum Gestapo-Gelände und der Ausstellung) können nicht mehr behandelt werden und werden erneut vertagt.

26. September 1988: 48. Sitzung. Diesmal ist das Gestapo-Gelände TOP 1. Der Ausschussvorsitzende bittet die geladenen Sachverständigen um Zustimmung, dass aus technischen Gründen TOP 2 (Staatliche Schauspielbühnen) vorgezogen wird. Da die Zeit wieder nicht reicht, wird das Thema zum vierten Mal vertagt. Die Sachverständigen werden schriftlich zur Sitzung am 10. Oktober erneut eingeladen.

6. Oktober 1988: Gerhard Schoenberger protestiert in einem Schreiben an den Ausschuss-Vorsitzenden in scharfer Form gegen das bisherige Verfahren. Da Prof. Rürup, Dr. Eckhardt und er selbst an diesem Tag verhindert seien, schlägt er vor, das Thema auf der übernächsten Sitzung am 7. November zu verhandeln. Das Schreiben wird allen Fraktionen im Ausschuss zugestellt.

10. OKTOBER 1988: 49. Sitzung. Das Thema, inzwischen auf TOP 1 gerückt, wird in Abwesenheit der geladenen Sachverständigen verhandelt. Frank Dingel, der als Beobachter im Saal ist, gibt auf Bitten des Ausschusses zu allen Fragen ausführlich

Auskunft. Der Ausschuss berät Anträge für die finanzielle Absicherung der Weiterführung der Ausstellung und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die aufgrund der bisherigen öffentlichen Diskussion Vorschläge für die "künftige Gestaltung" des Geländes erarbeiten soll.

Zur Vorbereitung eines entsprechenden Haushaltsansatzes wird die Beschlussfassung auf eine Sondersitzung am 7. November vertagt. Gleichzeitig wird der Senator für kulturelle Angelegenheiten gebeten, "einen schriftlichen Bericht darüber vorzulegen, was bisher in Ausführung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 11. 3. 1982 (...) mit welchen Ergebnissen und Reaktionen veranlasst worden ist."

24. Oktober 1988: 50. Sitzung, die sich mit anderen Themen befasst.

7. November 1988: 51. Sitzung, die als Sondersitzung ausschliesslich dem Gestapo-Gelände gewidmet ist. Prof. Rürup und Gerhard Schoenberger erhalten Gelegenheit, ihre Stellungnahmen abzugeben. (Der Bericht des Kultursekretärs liegt nur den Ausschussmitgliedern vor.)

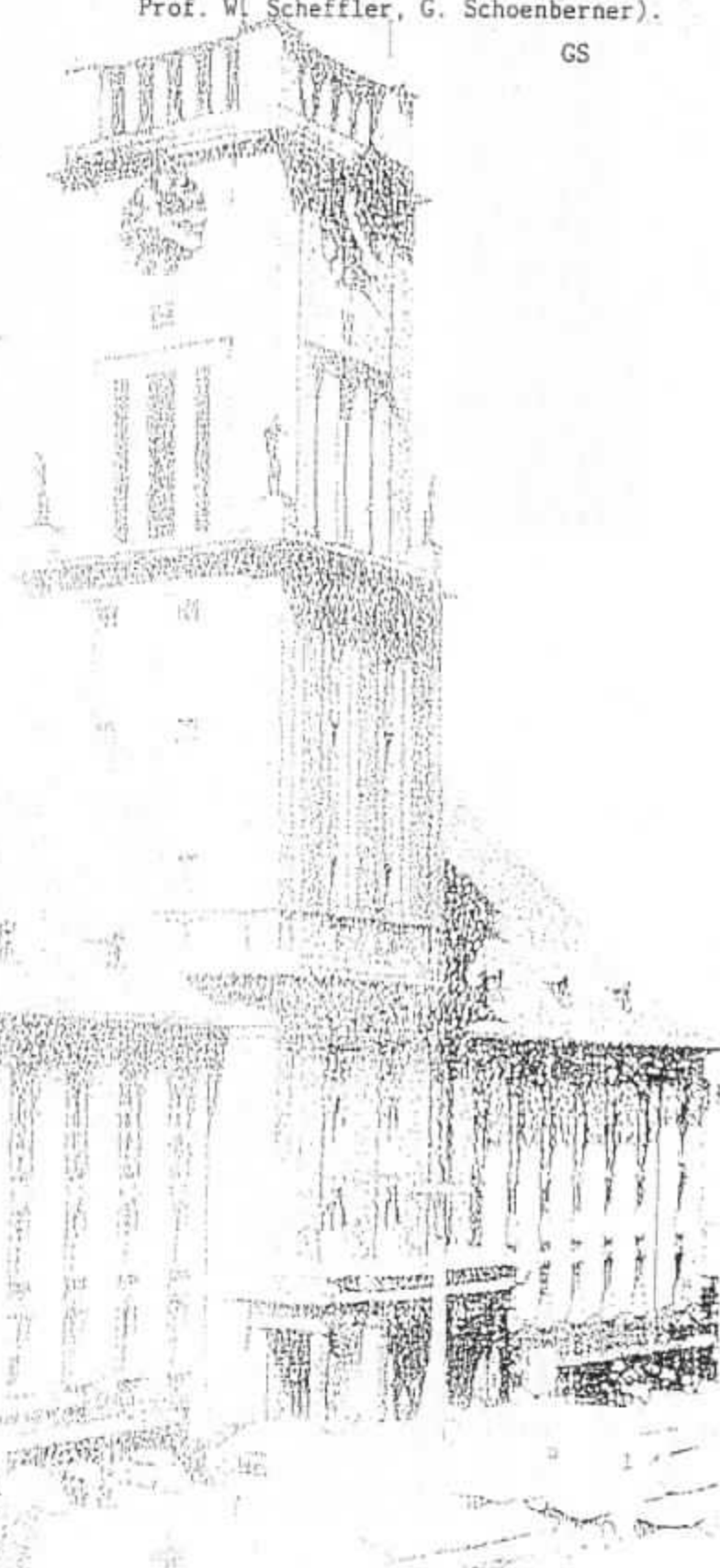
Der Ausschuss beschliesst einstimmig, den Hauptausschuss um eine Aufstockung der Mittel für das Gestapogelände um rund 500.000 DM zu bitten, um die Arbeit der Ausstellung und der Arbeitsgruppe zu ermöglichen.

P.S. Der Antrag wird im Hauptausschuss durch ein Versehen nicht behandelt. Der Fehler kann mit einiger Mühe nachträglich korrigiert werden.

Januar 1989: Der Senator für kulturelle Angelegenheiten beruft die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die umgehend ihre Arbeit aufnehmen.

(Dr. Stefanie Endlich, Dr. Ulrich Eckharst, Dr. Franz v. Hammerstein, Prof. H.-W. Hämer, Prof. R. Rürup, Prof. W. Scheffler, G. Schoenberger).

GS



Antrag der Fraktion der AL
über:

Zukunft des Gestapo-Geländes

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Kreuzberg spricht sich für eine Weiterentwicklung des Gestapo-Geländes nach folgenden Maßgaben aus:

I. Grundgedanke: Aus den verschiedenen Dimensionen des Geländes ein zusammenhängendes Funktionsgefüge erarbeiten.

Das Gelände fordert dazu auf, verschiedene eng miteinander zusammenhängende Aktivitäten hier zu realisieren: Markieren, forschen, erinnern, lehren, mahnen und gedenken, vermitteln, begegnen, handeln. Alle diese Aktivitäten bedingen einander und schließen sich auf keinen Fall gegenseitig aus: Ohne markieren kein forschen; ohne forschen kein erinnern; ohne erinnern kein lehren; ohne erinnern, lehren kein mahnen und gedenken; ohne vermitteln kein sinnvolles gedenken; ohne begegnen, vermitteln, forschen, lehren, lernen, erinnern, gedenken kein verändertes handeln.

a) markieren

Der Zellenfußboden des Gestapo-Kaufgrundstückes ist der zentrale Gedenkort für den politischen Widerstand. Er muß vor weiterer Zerstörung bewahrt, in geeigneter Weise zugänglich bleiben und vor mutwilliger Beschädigung geschützt werden.

b) forschen

Die Forschung zur Gestapo und zum Reichssicherheitshauptamt ist defizitär. Als Forschungs- und Vermittlungsstätte ist auf dem Gelände das Aktive Museum eingerichtet worden, um eine anwendungsbezogene Forschung, deren Mittelpunkt die politische Bildung ist, zu gewährleisten und eine akademische Verselbständigung zu vermeiden. Praxisorientierte Forschung: Aufbereitung von Archivmaterialien für die Arbeit von Gruppen, Vertiefung der Kenntnisse über die Struktur des Verfolgungsapparates und damit besseres Informationsangebot für Besucher. Austausch der Forschungsergebnisse mit anderen Gedenkstätten im In- und Ausland soll hier im Aktiven Museum beispielhaft betrieben werden.

c) erinnern

Die Dokumentation von Erlebnisberichten jetzt noch lebender Zeugen, die mit der Gestapo-Zentrale zu tun hatten, muß verstärkt fortgesetzt werden. Für die Arbeit müssen gesicherte personelle und finanzielle Grundlagen geschaffen werden. Die erarbeiteten Dokumente müssen gut zugänglich archiviert und erschlossen werden.

d) lehren, vermitteln und lernen

Das Aktive Museum soll interessierten Personen und Gruppen bei der aktiven Aneignung der Geschichte helfen: Unterstützung bei der Erarbeitung von Ausstellungen, bei der Dokumentation lokaler Geschichte, bei der Organisation von Rundgängen etc. Filme, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Arbeitsgruppen, Hochschulaustauschprogramme unterstützen eine intensive Auseinandersetzung mit der besonderen Geschichte des Gestapo-Geländes.

e) mahnen und gedenken

Das Gelände bietet Platz für eine gestaltete Form des Gedenkens. Nach 40 Jahren Nichtbeachtung ist es jedoch falsch, in überstürzter Hast das Gelände zu gestalten. Der mißglückte Wettbewerb hat gezeigt, daß eine solche Gestaltung erst nach lange Diskussionen reifen kann. Als offene Wunde erinnert das Gelände auch an die Verdrehung des Themas nach 1948. Zur Findung von Gestaltungsformen bedarf es einer intensiven, öffentlich geführten Diskussion unter Einbeziehung aller Verfolgungsorganisationen und der überfallenen Länder. Eine plurale Gestaltung ("Gedenkheim") könnte eine möglicher Weg sein.

f) begegnen

Begegnung muß am Ort stattfinden können. Hierfür müssen ausreichende Räumlichkeiten - auch unter Ausnutzung vorhandener Räume (EuropaHaus/Deutschlandhaus) geschaffen werden.

II Der Weg dahin: Schritt für Schritt

Die Realisierung des skizzierten Funktionsgefüges kann nur schrittweise erfolgen: Je nach vorhandenen Kräften und Mitteln, je nach Findung von allseits akzeptierten Vorschlägen, soll das Gelände in seiner inhaltlichen Füllung und seinen Möglichkeiten der Vermittlung wachsen.

Beibehaltung und Ausbau der Ausstellung "Topographie des Terrors". Umwandlung des Deutschlandhauses, Bereitstellung des Grundstückes Anhalter Straße 8 (zwischen Stuttgarter Hof und ehemaligem Kuckuck), Bewahrung des Zellenfußbodens, Markierung der Gebäudegrundrisse, Etablierung des Aktiven Museums sollten die ersten konkreten Schritte sein.

Zur Findung von Gestaltungsvorschlägen des Gedenkens soll eine auf 2 Jahre geplante, strukturierte öffentliche Debatte organisiert werden, die Schritt für Schritt einerseits die Dimension und die sich daraus ergebenden Ansprüche des Geländes und andererseits die Möglichkeiten künstlerischen Umgangs damit erarbeitet. Das Aktive Museum wird beauftragt, ein entsprechendes strukturiertes Konzept zu erarbeiten.

III Die Trägerschaft

Die BVV setzt sich dafür ein, daß das Gelände regierungsunabhängig, also nicht in direkter Abhängigkeit von Bundesregierung, Senat v. W-Berlin oder Bezirksamt Kreuzberg 'verwaltet' wird. Die Form der Trägerschaft muß sich durch die verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer ergeben. Es darf weder bezüglich der Trägerschaft noch bezüglich des weiteren Umgangs mit dem Gelände bürokratische, nicht-öffentliche Entscheidungen geben.

Bezirksamt und BVV müssen an der Entscheidungsfindung in ausreichendem Maße beteiligt werden. Die BVV organisiert ein Hearing zum Gestapo-Gelände auf der Grundlage dieses Beschlusses.

IV Ein Gedenkort darf kein Fremdkörper im Stadtkern sein

Die anwohnenden Bürger müssen in die Planung einbezogen werden. Sie dürfen nicht mit einer gegen ihren Willen entstandenen Gestaltung konfrontiert werden. Geeignete Formen des kreativen Dialogs mit den AnwohnerInnen über Thema und Gestaltung müssen gefunden werden. Der Wunsch der Anwohner nach Freizeitchen muß Berücksichtigung finden.

Für die Fraktion der AL

Reinhold Heilm

Annette Ahme

ES IST ZEIT ZUM HANDELN

Der Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses führte auf seiner 51. Sitzung eine Anhörung über das SS- und Gestapogelände durch. Gerhard Schoenberner, der aufgrund seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Berater der Ausstellung "Topographie des Terrors" als Sachverständiger geladen war, erklärte in seiner Stellungnahme:

(1) Der Regierende Bürgermeister hat seinerzeit unseren Gedanken, daß man die drei bekannten historischen Orte der NS-Zeit in Berlin als trias zu sehen habe, d.h., daß neben die Gedenkstätte Deutscher Widerstand das Haus der Wannseekonferenz und das Gestapogelände treten muß, im Grundsatz akzeptiert. Die Frage ist, wie weit diese Überlegung allgemein geteilt wird und zu welchen Konsequenzen sie führt.

(2) Die Vorbereitungen für das Haus der Wannseekonferenz sind inzwischen angelaufen. Bestandsaufnahme und Bauplanung für das Haus sind abgeschlossen. In Zusammenarbeit mit dem Gedenkstättenreferat und den anderen zuständigen Senatsstellen ist ein Terminplan für die konkreten Arbeitsschritte ausgearbeitet worden, damit nach Auszug des Schullandheims ohne zeitliche Verzögerungen mit der Arbeit begonnen werden und das Haus zum erstmöglichen Zeitpunkt seiner neuen Bestimmung übergeben werden kann.



Ehrenhof für die Opfer des 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Foto aus: Stätten des Widerstandes in Berlin
Hrsg.: Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Das Haus der Wannseekonferenz

Foto: Paul Glaser, in zitty 24/1987

(3) Es wäre jedoch ein fundamentaler Irrtum zu glauben, daß damit das Gesamtthema abgedeckt ist. Das hätte nur umgekehrt der Fall sein können, wenn es auf dem Gestapogelände bereits eine zentrale Einrichtung gäbe. Im Gegensatz zu dem weitergreifenden Konzept, das wir im Kreis um Joseph Wulf vor einem Viertel Jahrhundert ausgearbeitet hatten, wird man sich im Haus der Wannseekonferenz - zumindest in der dort vorgesehenen Dauerausstellung - thematisch strikt auf die nationalsozialistische Judenverfolgung beschränken müssen. Unsere Planungen für das Haus gehen ausdrücklich davon aus, daß der Verwaltungs-, Polizei- und Terrorapparat des Dritten Reiches in toto, also der SS-Staat, wie Kogon ihn genannt hat, an jenem Platz dargestellt werden muß, wo

er sein Hauptquartier hatte, also auf dem Terrain der Prinz Albrecht-Straße.

(4) Die Internationale Konferenz vom vergangenen November, die das von uns entwickelte Konzept für das Haus der Wannseekonferenz diskutierte und billigte, hat diesen Gedanken ausdrücklich in ihr petitem aufgenommen, vor einer thematischen Überlastung der Wannseevilla gewarnt und deren logische Ergänzung durch eine entsprechende Einrichtung auf dem Gestapogelände gefordert. So lautet das Urteil der internationalen Fachleute.

(5) Die auf dem Gelände gegenwärtig gezeigte Ausstellung "Topographie des Terrors", dies wie mir scheint der zweite populäre Irrtum in unserer Stadt, ist noch keine ausreichende Antwort auf diese Forderung. Die Ausstellung ist - man kann es nur immer noch einmal wiederholen - ein unter Zeitdruck entstandenes Provisorium. So erfreut und überrascht wir über die positive Aufnahme und das große Publikumsinteresse auch waren, die diese Dokumentation in der Öffentlichkeit gefunden hat und weiter findet, so sind wir alle, die an dieser Arbeit beteiligt waren, uns darin einig, daß dies nur ein erster Schritt war, dem weitere folgen müssen.

(6) Auf Dauer benötigen wir hier ein Dokumentations- und Ausstellungszentrum mit Archiv, Mediothek, Seminarräumen und Werkstätten, wie es ähnlich die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bereits Anfang 1982 einmal vorgeschlagen hat, und für das vom "Aktiven Museum" ein Konzeptpapier ausgearbeitet worden ist. Hier erwartet uns eine zentrale Aufgabe der politischen Bildungsarbeit. Dabei muß das Hier betont werden, denn gegenüber der immer wieder auftauchenden Meinung, die Standortfrage solle noch offen bleiben, gilt der Satz, den Sybil Wirsing in der FAZ geschrieben hat: "Nicht hier bedeutet nirgendwo". Daß an diesem Platz eine auf ihrem Gebiet zentrale Einrichtung von internationaler Bedeutung entstehen

würde, hat man im Ausland seit Ausschreibung des Wettbewerbs für das Gelände allgemein erwartet, zum Teil auch befürchtet. Dies ist eine Herausforderung für die Stadt, aber auch eine nicht wiederkehrende Chance, die bis heute nicht hinreichend und allgemein erkannt wurde.



Das Gestapo-Gelände 1988
Foto: Monika Rummier

(7) Je eher wir diese Aufgabe in Angriff nehmen, desto besser. Im Spätherbst 1984, als der Internationale Wettbewerb für das Gestapogelände als gescheitert anzusehen war, wurde eine "Denkpause" "ohne Zeitdruck" gefordert. Seither sind fast vier Jahre vergangen. Bei der Planung für die Wannseevilla sind wir jetzt bereits beim Jahr 1990 angekommen.

Selbst ohne weitere Verzögerungen der Planung wird es also noch viele Jahre dauern, bis die eigentliche Arbeit auf dem Gestapogelände beginnen kann. Deshalb sollte man lieber heute als morgen mit den Beratungen anfangen. (Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die drei Gedenkstätten konzeptionell zusammengedacht und funktional aufeinander bezogen werden müssen.

Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, als müsse man zunächst die Konkretisierung des Konzepts für die Wannseevilla abwarten, um über das Gestapogelände reden zu können. Es verhält sich eher umgekehrt.)

(8) Ich habe schon vor längerer Zeit vorgeschlagen, eine Konzeptgruppe zu bilden, ähnlich jener, die seinerzeit für das Haus der Wannseekonferenz berufen wurde. Herr Senator Hassemer hat auch bereits in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Bayer vom 22. April seinerseits angekündigt, daß entsprechende Schritte unternommen werden. Zu einer solchen Konzeptgruppe, darin herrscht wohl Einigkeit,

sollten außer den Fachleuten die Vertreter der verschiedenen Initiativen eingeladen werden, die sich um das Gelände bemüht und seinerzeit auch die Ausgrabungen durchgesetzt haben. Ebenso müssen die Verfolgtengruppen berücksichtigt werden. Die Verbände und Institutionen, die sich für die Errichtung eines "Aktiven Museums" einsetzen, haben ihrerseits ein Konzept vorgelegt, das seit fünf Jahren darauf wartet, diskutiert zu werden. Die Zeit drängt.

Schon jetzt besteht die Gefahr, daß die Anwohner sich das Terrain aneignen und ihrerseits irreversible Fakten schaffen. Aber auf Dauer wird kein Zaun nützen, wenn nicht sichtbar wird, daß diesem Gelände eine neue Aufgabe zugewiesen wird.

(9) Schließlich: Die Debatte, ob man am Ort der Täter auch ihrer Opfer gedenken könne und welches der beiden Themen Vorrang habe, wird teilweise so geführt, als handele es sich hier um Alternativen, die sich gegenseitig ausschließen. Es handelt sich jedoch um zwei gleichrangige Aufgaben, die sich auch inhaltlich durchaus logisch miteinander verbinden lassen. Ein Institut, wie vorgeschlagen, auf oder unmittelbar am Gelände situiert, bietet als folgerichtige Ergänzung geradezu an, auf dem Terrain einen Ort des Gedenkens zu errichten oder - weit besser - das gesamte Terrain zum Gedenkort zu machen. Aber auch in einem solchen Institut selbst, wo die Täter, ihre Taten und das System, das sie möglich machte, das Thema sind, werden immer auch die Opfer gegenwärtig sein. Ein Zentrum der politischen Aufklärung wäre selbst das beste Denkmal.

Gerhard Schoenberner

VERANSTALTUNGSANGEBOT

"DER VERSUCH EINER BERÜHRUNG"
Dokumentarfilm der Bundeszentrale
für politische Bildung, Bonn

Der Videofilm (VHS) dokumentiert Reaktionen von vier Jugendlichen auf Erzählungen des Zeitzeugen Günther Discher, der wegen seiner Begeisterung für Swingmusik im Jugend-Konzentrationslager Moringen inhaftiert wurde. Der Film kann einige Anstöße zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geben, insbesondere für die Arbeit mit Jugendlichen.

Da im Archiv des AKTIVEN MUSEUMS eine Kopie des Films vorhanden ist, besteht für unsere Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit uns eine Film- und Diskussionsveranstaltung mit Jugendlichen durchzuführen.

Anfragen bitte unter Tel. 261 75 61

Informationen über das KZ-Moringen bietet die nebenstehende Dokumentation, die in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden kann oder zu bestellen ist bei: Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen.



Männerlager Frauenlager Jugendschutzlager

KZ Moringen

Eine Dokumentation



ZUM UMGANG MIT DEM GESTAPO-GELÄNDE

Ein Diskussionsbeitrag von Frank Dingel und Klaus Hesse

Im März 1989 stellte die Akademie der Künste ein Gutachten mit dem Titel: "Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände" der Öffentlichkeit vor, das von Stefanie Endlich, Leonie Baumann und Robert Frank erarbeitet wurde.

Wir geben hier den Beitrag von Frank Dingel und Klaus Hesse, wissenschaftliche Mitarbeiter der Dokumentation "Topographie des Terrors" wieder, der für dieses Gutachten verfaßt wurde. Das Gutachten ist zu beziehen über: Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 1000 Berlin 21.

In der täglichen Arbeit mit Besuchern auf dem sog. "Prinz-Albrecht-Gelände" werden wir immer wieder darauf angesprochen, was in der Zukunft mit dem ehemaligen Gestapo- und SS-Gelände geschehen soll. Im Nachdenken darüber haben wir einige Positionen entwickelt, die, jenseits eines politisch-organisatorischen oder institutionellen Zusammenhangs, unseren augenblicklichen Problematisierungshorizont widerspiegeln und von denen wir hoffen, daß sie die Diskussion um das "Prinz-Albrecht-Gelände" voranbringen können.

(GE-)DENKORT "PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDE" - VORSCHLÄGE ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG

I. Zum Stand der Diskussion

Der Leitgedanke bei der Erschließung des Geländes 1987 war das "behutsame Vorgehen". Die äußerst positive Resonanz auf die Dokumentation "Topographie des Terrors" und die provisorische Erschließung des Geländes durch Freilegung von Mauerresten und Informationstafeln führte vielerorts zu der Auffassung, "so sollte es bleiben" (so z.B. Günther Matthes, "Der Tagesspiegel" vom 12.8.1987). Gemeint war damit die unbefristete Weiterführung des Begonnenen und seine - begrenzte - Überarbeitung und Ausgestaltung.

In jüngster Zeit sind gleichsam als Gegenströmung zum Konzept des behutsamen Weiterentwickelns vermehrt Vorstellungen laut geworden, die die "große Lösung" favorisieren. Gefordert wurden u.a.

- eine Institution zur Erforschung des Nationalsozialismus, deren Finanzvolumen an dem des Deutschen Historischen Museums orientiert sein sollte. Nach dieser Vorstellung sollte auf dem "Prinz-Albrecht-Gelände" die gesamte NS-Forschung zentral gebündelt werden (so z.B. Klaus Hartung, "Die Tageszeitung", während einer Podiumsdiskussion am 24.8.1988);
- die Verankerung von Menschenrechtsorganisationen auf dem Gelände als bewußte, quasi demonstrative Konsequenz aus den Menschenrechtsverletzungen von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) (so Benedikt Erenz, "Die Zeit", in der Podiumsdiskussion am 24.8.88);
- ein monumentales Mahnmal für die Opfer des "Holocaust", als unübersehbares Zeichen, daß Geschichte nicht (mehr) verdrängt wird ("Perspektive Berlin").

Der Vorschlag des Ehepaares Harrison, die Grundrisse der ehemaligen RSHA-Gebäude durch eine "Trümmerflora" zu markieren (vgl. den Beitrag der Harrisons zur Ausstellung "Gedenken und Denkmal" im Martin-Gropius-Bau), das Gelände so zu gliedern und die Anlage durch Erinnerungs- und

Forschungsräume zu ergänzen, gehört demgegenüber eher zu den Versuchen, das Bestehende fortzuschreiben. Die Markierung der Grundrisse war bereits in der Planungsphase für 1987 ("B-750") vorgesehen, wurde aber aus Zeitgründen nicht realisiert.

II. Unser Ansatz

Gemeinsam ist allen Entwürfen der "großen Lösung", daß sie einzelne Gesichtspunkte herauslösen und polemisch gegen andere stellen (z.B. Mahnmal versus Forschung). Es wäre allerdings falsch, wollte man nun die verschiedenen Vorschläge einfach eklektizistisch addieren. Anstatt eigene Teilprojekte zu verabsolutieren, sollte das Gelände befragt werden, welche Möglichkeiten es bereithält. Das bedeutet u.a. auch die Frage nach den Möglichkeiten und Ansätzen zur Weiterarbeit, die das derzeitige Provisorium bietet. Welche Funktionen hat das Gelände, welche könnte es weiterführend annehmen und welche Konsequenzen lassen sich daraus ziehen? Unserer Meinung nach lassen sich sechs Funktionen unterscheiden:

1. Öffentlicher Raum
2. Gedenken
3. Lernen
4. Forschen
5. Koordinieren
6. Handeln

Im folgenden wollen wir versuchen, diese Funktionen zu skizzieren.

1. Öffentlicher Raum

Das Gelände ist, gekoppelt an die zentrale historische Ausstellung "Berlin, Berlin", im Zuge der "B-750"-Aktivitäten erschlossen worden, d.h. unter anderem auch: Es wurde der Bevölkerung wieder zugänglich gemacht. Indem der Weg über das Gelände auch als alltägliche Verbindung zwischen Wilhelm- und Stresemannstraße bzw. zunehmend auch als Zugang zum Martin-Gropius-Bau benutzt wird, hat das Gelände nicht den Charakter einer geschlossenen Gedenkstätte angenommen, sondern ist öffentlicher Raum geworden, den man auch aus anderen Motiven aufsuchen kann. Andererseits ist das Gelände durch die NS-Geschichte und durch den diese Geschichte ignorierenden Umgang mit ihm geprägt. Bestimmte Aktivitäten wie Erholungs- und Freizeitvergnügungen verbieten sich von selbst. Diese Einschränkung ist unserer Erfahrung nach bisher von der Bevölkerung von sich aus weitgehend respektiert und akzeptiert worden. Die Tatsache, daß das "Prinz-Albrecht-Gelände" ein allgemein zugänglicher, öffentlicher Raum ist, hat dazu geführt, daß das Gestapo- und SS-Gelände wieder ins kollektive Gedächtnis zurückgekehrt ist. Dieser Zustand sollte auf jeden Fall beibehalten werden. Bezogen auf die Dokumentation werden Tabuisierungen und Berührungängste beim Besucher relativiert. Insgesamt wird ohne großen Aufwand erreicht, daß die Geschichte des RSHA als Teil der Geschichte der Stadt begriffen wird. Der Aufbau der Dokumentation bezieht den stadthistorischen Kontext des Geländes ein und wirkt komplementär unterstützend.

2. Gedenken

Das "Prinz-Albrecht-Gelände" wird bereits als Gedenkort gesehen und genutzt, und zwar nicht nur bei Großveranstaltungen (8. Mai, 1. September), sondern gerade auch von vielen kleinen Besuchergruppen und Einzelpersonen, die Kränze und Blumen niederlegen, bevorzugt auf oder an den

freigelegten Resten des ehemaligen "Hausgefängnisses" der Gestapo (Südflügel). Dieser Platz hat eine hohe Symbolkraft, die durch kein Monument ersetzt werden kann. So wichtig die Intensivierung der Diskussion um weitere, auf dem Gelände zu treffende denkmalschützerische Maßnahmen ist, um eine objektive Fetischisierung der Zellenreste (als Bodendenkmal seit kurzem geschützt) zu verhindern, so sehr muß betont werden, daß sie als einziger, "topographischer Ort" des Gedenkens auf dem Gelände unzureichend sind, und zwar vorwiegend aus zwei Gründen: die enge räumliche Anbindung der Dokumentationshalle an die Zellenreste ist einerseits sinnvoll, andererseits macht sie das Wegstück zwischen Pavillon und Zellenböden zu einem belebten Platz, der stilles Gedenken, für das z.B. bei ehemaligen Opfern der Gestapo und deren Angehörigen ein Bedürfnis besteht, stark erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Denkbar wäre, die Wegführung zu verlegen und auch einen Teil des ehemaligen Gefängnishofes freizulegen, der sich unter dem Weg befindet. Man hätte so ein Ensemble geschaffen, das sich einerseits der bewußt zurückhaltenden Gesamtgestaltung anpaßt und sich gleichzeitig als Ort individuellen und kollektiven Gedenkens anbietet, weil er vom Publikumsverkehr entlastet wäre.

Zu den Opfern der Gestapo bzw. des RSHA zählen nicht nur die unmittelbar in der Prinz-Albrecht-Straße 8 inhaftierten, vernommenen und gequälten Menschen, sondern alle, die aufgrund von Gestapo- bzw. RSHA-Taten Freiheit, Gesundheit und Leben eingebüßt haben. Dazu gehören z.B. alle im Deutschen Reich in die KZ eingewiesenen sogenannten "Schutzhäftlinge", dazu gehören die vom Gestapo-Referat IV B 4 (Eichmann) deportierten europäischen Juden, dazu gehören die von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in Polen und der Sowjetunion ermordeten Menschen, dazu gehören die Zigeuner, deren Deportation von der Kriminalpolizei (Amt V des RSHA) organisiert wurde usw.. Sie alle auf einem, "den Opfern der Gestapo" gewidmeten, Monument zu vereinigen, käme einer Flucht in die Unverbindlichkeit gleich. Wir schlagen stattdessen vor, das auf dem Grundstück des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais (ehemaliges "SD-Hauptamt" bzw. Dienstsitz der Chefs des RSHA) befindliche Wäldchen zu einem Gedenkhain umzugestalten, was ohne gravierende Eingriffe möglich scheint. Die Spontanvegetation sollte dabei weitgehend erhalten bleiben.

In diesem Gedenkhain sollten - in Abstimmung mit den betroffenen Gruppen, Organisationen etc. - Mahnmale oder Gedenkorte/Flächen an die von RSHA bzw. Gestapo verfolgten Gruppen erinnern. Bis heute haben z.B. viele Gruppen von den Nazis verfolgter Menschen keinen Ort, an dem ihrer Toten gedacht wird, z.B. Zigeuner, Homosexuelle, von SD und Sicherheitspolizei ermordete "Bolschewisten" im allgemeinen, politische Kommissare der Roten Armee im besonderen usw. .

Die Konkretisierung der Opfer wird nicht immer allgemeinen Konsens vorfinden, weder in der Öffentlichkeit allgemein noch unter den Opfern des NS-Terrorregimes selbst. Wir halten dies keinesfalls für einen zu umgehenden Nachteil, sondern für einen Ausdruck der Tatsache, daß Vorurteile und Vorurteilsbildung nicht mit dem 8. Mai 1945 aufgehört haben zu existieren. Die unvermeidliche Auseinandersetzung über die Opfer von RSHA bzw. Gestapo wäre schon Bestandteil der sechsten Funktion: des Handelns, nämlich Konsequenzen zu ziehen für die gesellschaftspolitische Willensbildung heute.

Kriterium für den Gedenkhain sollte sein, daß es sich um Opfer der auf diesem Gelände angesiedelten Institutionen handelt, einschließlich der Reichskriminalpolizei als Bestandteil des RSHA. Es sollte kein Gedenkort für alle Opfer des NS-Regimes werden. Aus diesem Grund würden die Ermordeten der "Euthanasie"-Aktion, die durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel, aus ganz Europa Verschleppten, die Opfer der Verbrechen der Wehrmacht und der Justiz nicht Gegenstand künstlerischer Gestaltung in dem Gedenkhain sein können.

3. Lernen

Obwohl das "Prinz-Albrecht-Gelände" vom Großteil der Besucher als Gedenkstätte wahrgenommen wird, ist es in seinem derzeitigen, provisorischen Zustand keine Gedenkstätte. Eine solche müßte Arbeitsvoraussetzungen bieten, die über den momentanen Modus (Informationstafeln, Dokumentation und Katalog, pädagogische und wissenschaftliche Betreuung) hinaus vertieft betriebene politische Bildungsarbeit wirklich zulassen. Auf lange Sicht müssen die Voraussetzungen für fundierte Bildungsarbeit geschaffen werden, wie sie z.B. u.a. im Konzept des "Aktiven Museums" beschrieben sind und deshalb hier nicht wiederholt werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte aber ein Aspekt betont werden: die Notwendigkeit einer zweiten, kleineren Ausstellungshalle für Wechselausstellungen, u.U. ergänzt durch Funktionsräume (z.B. Leseraum zur Arbeit mit Dokumenten).

Diese Notwendigkeit ergibt sich sowohl systematisch als auch chronologisch. Systematisch insofern, als die Dokumentation "Topographie des Terrors" nur einen Überblick geben, nicht aber vertiefen kann - so zum Beispiel das Thema SS und Industrie, vermittelt über den "Freundeskreis Reichsführer-SS", der mehrere Male auf dem Gelände, u.a. im Prinz-Albrecht-Palais, getagt hat; zum Beispiel die mehr als defizitäre Verfolgung von RSHA-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz nach 1945 (Abschnitt "Amnestie durch die Hintertür"), zum Beispiel auch die aus der "SS-Verfügungstruppe" entstandene "Waffen-SS", deren Verbrechen in der Ausstellung zwar durch eine Fotografie des zerstörten Oradour angedeutet, aber keineswegs systematisch dargestellt worden ist. Angesichts der fast unbehelligten Traditionspflege, die sich z.B. Angehörige der ehemaligen "Waffen-SS" in der Bundesrepublik erlauben, täte Aufklärung hier not. Weiter zu nennen wäre die Erarbeitung und Darstellung von Taten und Tütern auf dem Gelände selbst, z.B. der uns bekannten Verhörkommissare der Gestapo, also die mittlere Täterebene über die Ebene der Amtschefs hinaus (derzeit Abschnitt "Das Reichssicherheitshauptamt").

Chronologisch ergibt sich die Pflicht zum Handeln auch aus den in den nächsten fünf Jahren auf uns zukommenden Gedenktagen. Beispielhaft soll nur der sich im Juni 1991 zum fünfzigsten Mal jährende Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion herausgegriffen werden. In diesem Zusammenhang wäre die Rolle des RSHA (Bildung des RSHA am 27.9.1939) und der von ihm organisierten und gelenkten Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD darzustellen. Diesbezüglich besteht auch mittelfristig noch zeitlicher Spielraum, ganz im Gegensatz zum Beispiel zum Thema Überfall auf Polen 1939, Bildung des RSHA und erste Massenmorde der Einsatzgruppen in Polen.

Wechselausstellungen können nicht nur bestimmte Aspekte der "Hauptdokumentation" vertiefen, sondern die Beschäftigung mit dem Gelände immer wieder aktualisieren und so die Möglichkeit schaffen, Aufmerksamkeit auch dann noch zu wecken, wenn sich das Tagesinteresse anderen Themen zugewandt hat. Sie könnten die Dokumentation zum Ausgangspunkt der Beschäftigung mit weiteren, unbequemen Themen machen und sie in die Lage versetzen, selbst reaktionsfähig zu werden und nicht lediglich passiv den provisorischen Status Quo zu halten.

4. Forschen

Das Ausmaß und die Zielrichtung des Forschens wird primär bestimmt durch die konkreten Anforderungen, die die anderen Funktionen stellen, insbesondere Gedenken (2), Lernen (3) und nicht zuletzt Koordinieren (5). Forschungstätigkeit entwickelt hier also keinen akademischen Ehrgeiz, sondern resultiert aus der mißlichen Tatsache, daß wir vieles, was wir

wissen müßten, noch nicht ausreichend wissen und wir ferner nicht warten können, bis die Forschung unsere Fragen beantwortet. Bezüglich des Gedenkens muß zum Beispiel die Ermittlung und - wo möglich - Befragung ehemaliger Insassen des Hausgefängnisses fortgeführt werden. Da vieles noch nicht aufgearbeitet ist, müßte es von dieser Stelle aus geschehen, im Zusammenhang mit dem konkreten Lokalbezug. Die Ergebnisse dieser Forschung müßten und könnten unmittelbar in die Lernorganisation eingespeist und praktisch umgesetzt werden.

5. Koordinieren

Im Deutschen Reich konnte spätestens seit dem Januar 1938 kein Schutzhaftbefehl ausgestellt werden, der nicht zuvor in der Zentrale der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße 8 gebilligt worden wäre. Über das sogenannte "Schutzhaftreferat" im Geheimen Staatspolizeiamt war das gesamte System der Konzentrationslager mit dem "Gestapa" verbunden, wenn es auch ökonomisch-rechtlich dem "Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt" (WVHA) der SS unterstand. Es zeigt sich auch, daß die Formulierung "Topographie des Terrors", nur auf das Gelände bezogen, insofern irreführend ist, als sich diese Topographie auf den größten Teil des von den Nazis besetzten Europa und das gesamte damalige Reichsgebiet erstreckt. Vieles, was in Gedenkstätten der Bundesrepublik, der DDR und im Ausland erarbeitet wird, weist auf die Schaltzentrale in der Prinz-Albrecht-Straße 8 zurück. Viele Schicksale, denen wir in der Prinz-Albrecht-Straße begegnen, weisen umgekehrt nach Sonnenburg oder Esterwegen, nach Dachau oder nach Ravensbrück. Da das "Prinz-Albrecht-Gelände" in der ehemaligen "Reichshauptstadt" mittlerweile eine überregionale, zum Teil internationale Anziehungskraft ausübt, sollten Arbeitsvoraussetzungen geschaffen werden, die es uns erlauben, Besuchern, insbesondere westdeutschen Schulklassen, den Zusammenhang der Zentrale mit Gedenkorten in ihrem regionalen Umland deutlich zu machen.

Dies setzt eine enge Kooperation mit - zunächst - den westdeutschen Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen sowie überregional agierenden Institutionen wie dem Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen oder dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes voraus. Die arbeitsteilige Kooperation mit den übrigen in Westberlin be- bzw. entstehenden Gedenkstätten sollte in diesem Zusammenhang selbstverständlich werden (z.B. Gedenk- und Bildungsstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße und das Wannseevilla-Projekt).

Dieses hier nur angedeutete Kooperationskonzept soll zugleich als Absage an (nur) zentrale Gedenkstätten verstanden werden, die dazu führen können, regionale und lokale Initiativen finanziell und ideell auszutrocknen; bei einer "Zentrale des Terrors" ist diese Gefahr in besonders hohem Maße gegeben. Jede Konzeption für das "Prinz-Albrecht-Gelände" sollte deshalb die "föderale" Komponente sowohl in Berlin selbst wie auch im Bundesgebiet mit bedenken.

6. Handeln

Die Aufgabe Handeln ergibt sich zwingend aus den genannten Funktionen 1 - 5. Es bedarf hier keiner eigens zu schaffenden Infrastruktur. Wenn Lernen auf dem ehemaligen Gestapo- und SS-Gelände für rassistische und antidemokratische Tendenzen heute sensibilisiert und darüber hinaus zum demokratischen Denken und Handeln befähigt, dann hätten sich, auch wenn es nur bei einem Teil der Besucher gelingt, die Mühen und Investitionen mehr als gelohnt.

VOM GROPIUSBAU ZUM MARSTALL

Die "Topographie des Terrors" in Berlin (Ost)

Vom 2. bis 25. Februar 1989 wurde ein Duplikat der Dokumentation "Topographie des Terrors" in der Hauptstadt der DDR gezeigt. In dieser Zeit ist sie von Zehntausenden Ost-Berliner Bürgern besucht worden. Eine genaue Zählung war nicht möglich, weil die Ausstellung im Eingangsbereich der Stadtbibliothek in der Breiten Straße, neben dem ehemaligen Marstall, aufgebaut worden war. Die ersten tausend Exemplare des Katalogs waren nach eineinhalb Tagen verkauft. Auch die Nachlieferung von weiteren zweitausend konnte die Nachfrage nicht gänzlich befriedigen. Mit einem Wort: Die "Topographie" war auch im Ostteil der Stadt ein Erfolg. Nach diesem gelungenen Auftakt wird sie im März/April in Buchenwald und dann in Brandenburg und Sachsenhausen zu sehen sein.

Bei längerem Nachdenken beschleichen einen jedoch Zweifel, ob Kategorien wie "Erfolg" oder "Mißerfolg" angemessen sind. Diese Etikettierungen suggerieren die Auffassung, die Dokumentation sei eine Ware, deren Akzeptanz auf dem Markt zugleich Gradmesser ihrer Güte ist, gemäß der klassischen Lehre, wonach der Gebrauchswert einer Ware bzw. das subjektive Bedürfnis des Käufers darüber entscheiden, ob sich der Wert der Ware realisieren kann. Aufklärung ist allerdings eine recht eigentümliche Ware: Ihrem unbestreitbaren Gebrauchswert entspricht keineswegs adäquates Bedürfnis der "Kunden", sie auch zu nutzen, geschweige denn, etwas dafür zu bezahlen. Aber auch "Aufklärung gratis" führt nicht immer zu den gewünschten Ergebnissen. Die Ausstellung, "Und lehrt sie: Gedächtnis", die die Geschichte der Juden in Berlin zum Thema hatte, war in Berlin (Ost) ein Publikumsmagnet, in Berlin (West) stieß sie eher auf bescheidenes Interesse.

Gedanken und Eindrücke von Besuchern

Ich bin mit Schülern des fakultativen Kurses Geschichte meiner Schule hier, die die Historie des einstigen KZ-Nebenlagers in unserem Ort erforschen. Wir wollen dazu beitragen, daß die Verbrechen der Faschisten und die Leistungen aller, die dagegen kämpften, nie vergessen werden. Die jüngsten Ereignisse in Westberlin unterstreichen, welche aktuelle Aufgabe das ist. Wir nutzen jede Möglichkeit, unsere Kenntnisse

über die Zeit des Faschismus zu erweitern, so auch diese interessante Ausstellung.

Peter Koixau,
Lehrer aus Lieberose

Die Ausstellung ist sehr umfassend, zeigt den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus in weiten Zügen. Von Kommunisten bis zu Leuten, die anfangs selbst Verantwortung trugen für den Völkermord. Als Kinder haben wir damals manches gehört, später vieles erfahren. Daß Westberliner diese Ausstellung erarbeitet haben, zeigt: Es gibt auch dort viele Kräfte, die derartiges nie wieder zulassen wollen. Ich bin Architekt, könnte mir vorstellen - und die Ausstellung zeigt es -, daß man an Ort und Stelle hätte ein würdiges Denkmal für all die Opfer errichten können...

Kurt Lässig,
Architekt, Berlin

Geschichte gehört zum Leben, und gerade dieser Abschnitt ist so fern nicht. Man muß wissen, was die Ursachen für Faschismus und Krieg waren. Vielen kennen wir aus Büchern, Filmen. Hier findet man ergänzende Fakten. Kollegen aus dem Ausland, die uns besuchen, haben oft Fragen, manche beantwortet auch diese Ausstellung.

Godrun Kohn,
Mitarbeiterin der Humboldt-Universität

aus: Neues Deutschland, 11./12.02.1989, S.9

Diese unterschiedliche Resonanz erklärt sich weniger durch die möglicherweise nicht gleichermaßen attraktive Plazierung der Ausstellung - dort im Ephraim-Palais, hier im Sockelgeschoß des Gropiusbaus - als vielmehr durch den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontext. Jüdische Geschichte in Berlin, das war im Osten ein herausforderndes Thema, weil es allzulange im allgemeinen antifaschistischen Gestus "mitbehandelt", aber nur selten als eigenständiges, die Erklärungskraft ansonsten stimmiger materialistischer Faschismustheorien überforderndes Problem diskutiert worden ist. Im Westen hingegen, wo es eine einflußreiche

Tradition gibt, sich der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus durch Verweisen auf die Einmaligkeit des Nationalsozialismus zu entziehen, die sich in der Irrationalität des inzwischen breit dokumentierten Völkermordes an den europäischen Juden zeige, glaubte man sich in dieser Hinsicht genügend informiert. Entsprechend gering war das Publikumsinteresse.

Ceteris paribus war das gleiche für die "Topographie" in Ost-Berlin zu erwarten. Einer Gesellschaft, die den Antifaschismus zu einem grundlegenden Element ihres Selbstverständnisses zählt, würde, so glaubte nicht nur ich, die "Topographie" nicht viel Neues erzählen können. Der eingangs erwähnte Publikumszulauf hat uns Lügen gestraft. Die Frage ist, warum?

Eine erste Antwort liegt in dem Politikum, daß die Dokumentation eines historisch brisanten Themas, die in West-Berlin mit öffentlichen Geldern erarbeitet worden ist, unverkürzt in Ost-Berlin gezeigt werden kann. Mit anderen Worten: die "Topographie" widerspiegelt einen wissenschaftlichen und politischen Konsens, der vor 20 Jahren undenkbar gewesen wäre. Für Ost-Berliner Augen mochte es ungewohnt sein, nicht nur Robert Havemann, sondern auch den "Nato General" Speidel als Opfer des Faschismus dokumentiert zu sehen, ebenso wie es manchen Besucher der "Topographie West" irritiert, unter den dargestellten Widerstandskämpfern Erich Honecker zu finden. Diese unverkürzte Präsentation des antifaschistischen Widerstandes reflektiert die Einsicht, daß die defensive Aufgabe der Bekämpfung des Nationalsozialismus als eines antihumanen und destruktiven Systems schlechthin andere politische Koalitionen erfordert, als der offensive Kampf um die positive Gestaltung der Gesellschaft. Dies bedeutet nicht, daß man auf die kritische Analyse der konzeptionellen Entwürfe der

unterschiedlichen Widerstandsgruppen verzichtet. Man hat aber eine Grundlage gefunden, auf der die Diskussion ohne falsche Polemik geführt werden kann.

Ein zweiter Grund für die Attraktivität der "Topographie" liegt in der Form der Dokumentation selbst. Sie zwingt dem Besucher keine Interpretationen auf. Dies heißt nicht, daß Interpretation, oder anspruchsvoller formuliert, die theoretische Anstrengung der Begriffsbildung überflüssig wäre. Sie gibt aber dem Besucher die Souveränität zurück, sich dieser Anstrengung selbst zu unterziehen und durch Selberdenken zu einer gefestigteren Erkenntnis zu kommen, als dies bei bloßer Übernahme vorgekaufter Merksätze möglich wäre. Vermeidung von Schablonen und Wille zur Erfassung der konkreten Realität zeigten sich auch in den die Dokumentation begleitenden Veranstaltungen, in denen Erfahrungen von Zeitzeugen, der Naziterror in Berlin 1933/34, die rechtliche "Bewältigung" der Nazi-Diktatur nach 1945 und unser Umgang heute mit diesem Erbe thematisiert wurden.

Ein allgemeiner Eindruck vorweg: Die Diskussionen in den überfüllten Veranstaltungen zeichneten sich durch eine hohe Argumentationskultur aus. Man hörte einander zu und gab an keiner Stelle der sonst häufig zu beobachtenden Versuchung nach, dem Kontrahenten, sei es auf dem Podium, sei es im Publikum, unlautere Gesinnung zu unterstellen. Die selbstkritische Befragung der eigenen Gesellschaft, der DDR also, war unverkennbar. Dies zeigte sich nicht nur bei der Reflexion des eigenen Geschichtsbildes - die Sozialfaschismustheorie wurde als schädlich erkannt, die Stilisierung des Klassenkampfes

im Faschismus als Auseinandersetzung zwischen "Helden" und "Monstern" als unrealistisch und der historischen Wahrheitsfindung hinderlich verworfen - sondern auch bei der Frage wie man mit faschistischen Erscheinungen heute umzugehen habe. Neofaschistische Aktionen und Meinungsäußerungen in der DDR zwingen dazu, über die relative Autonomie des Oberbaus gegenüber der Basis nachzudenken und sich dem Problem zu stellen, daß eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung nicht automatisch das Ende reaktionärer Ideologien bedeutet.

Es versteht sich von selbst, daß die angesprochenen Probleme nicht bis in die letzten Konsequenzen ausdiskutiert werden konnten. Es gab auch Scheingefechte, wie z.B. die Auseinandersetzung darüber, ob man Nazi-Verbrecher nach einem Recht verurteilen könne, das nach 1945 erlassen wurde. Die Hamburger Staatsanwältin Grabitz verfocht, rechtshistorisch sicherlich überzeugend, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, verfehlte aber den politischen Sachverhalt. Wenn in der DDR ca. 12000 Naziverbrecher abgeurteilt wurden, in der BRD

aber nur 6.000, dann liegt das nicht daran, daß in dem einen Falle nach den Prinzipien des Nürnberger Urteils, im anderen nach wilhelminischen Strafrecht geurteilt wurde, sondern daran, daß in der BRD mit zweierlei Maß gemessen wird. Was bei einem sog. linken "Terroristen" zu lebenslanger Freiheitsstrafe führt, bringt einem Nazi-Verbrecher Freispruch ein. Nicht das Recht also hätte Gegenstand der Kritik sein müssen, sondern die Justiz. Doch hier waren die Schranken diplomatischer Höflichkeit unübersehbar.

Trotzdem: Sollte es der "Topographie" gelingen, das Nachdenken über den Faschismus und seine Wirkungen bis heute in beiden deutschen Staaten in den jeweils spezifischen gesellschaftlichen Zusammenhängen voranzutreiben, dann ist das mehr, als wir uns 1987 in unseren kühnsten Träumen hätten erhoffen können.

Frank Dingel

23.3.89

AUSSTELLUNG Berichte 1933 - 1945 Sprechen nach dem Schweigen

Im Rahmen des Projekts Ideenkarussell im Nachbarschaftsheim Urbanstraße arbeitet seit gut einem Jahr ein Gesprächskreis älterer Kreuzberger zum Thema „Wohnen und Leben in Kreuzberg - früher und heute.“ Schwerpunkt ist die Zeit des Nationalsozialismus. Die Fülle der zusammengetragenen Materialien wird nun einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Es ist keine Ausstellung über Menschen, die während der Zeit der Naziherrschaft bewußt Widerstand geleistet haben, sondern es wird versucht, mit Hilfe von Fotografien und Erinnerungen subjektive Erfahrungen aus dem Alltagsleben der *normalen kleinen Leute* zu zeigen, deren Leben durch den Nationalsozialismus geprägt wurde, durch den Krieg, durch Verfolgung. Sie waren damals jung, waren bewußt oder unbewußt Mitläufer dieses Systems oder übten den stillen Protest. Diese schweigende Mehrheit wird selten nach ihrer Meinung gefragt, schweigt immer zu lange, bis es zu spät ist. Gerade diese subjektiven Lebenserfahrungen mit ihren Widersprüchen sind wichtig, um Geschichte zu verstehen und aus ihr zu lernen. Welche aktuellen Bezüge dieses Thema durch die letzten Wahlen bekommt, hat die Gruppe am Anfang ihrer Arbeit nicht ahnen können.

Für einige Teilnehmer war es das erste Mal, daß sie sich mit ihrer eigenen Vergangenheit so intensiv be-

schäftigt und mit anderen darüber gesprochen haben. „Wir wenden uns mit dieser Ausstellung einerseits an ältere Menschen, um ihnen Mut zu machen über ihre eigenen Erfahrungen zu sprechen, und zum anderen an die jüngeren, um sie zum Fragen zu ermutigen, sowohl was die Geschichte der Nazizeit, als auch unser heutiges Verhalten angeht“, beschreibt eine Mitarbeiterin, Ursula Bach, die Ziele des Projektes. „Wir versuchen dazu beizutragen, daß die Geschichte, gerade im Stadtteil, nicht als abgeschobener fremder Prozeß erscheint, sondern als etwas nachvollziehbar Lebendiges, an dem jeder von uns beteiligt ist.“

Der Gesprächskreis und die Archivarbeit zur Kreuzberger Stadtteilgeschichte werden nach der Ausstellung weitergeführt. Wer mitarbeiten oder die Arbeit in jedweder Form unterstützen möchte wende sich an Ursula Bach (☎ 611 96 11), Thomas Filsch (☎ 612 22 84) oder Ingrid v. Massenbach im Nachbarschaftsheim (☎ 692 23 51).
Ausstellungstermine s. Tips



Pressemittellung zum Brandanschlag auf die Ausstellung:

Topographie des Terrors

Nach dem provokativen Einzug der sogenannten Republikaner in das Abgeordnetenhaus und in die HVV'a schon vor als ebensolche Verfolger des Weizsäcker und jüngerer Mitglieder der VVJ/Verband der Antifaschisten in dem unvermeidlichen Brandanschlag gegen die Ausstellung "Topographie des Terrors" eine erneute Provokation, die nur in Zusammenhang mit der unbelehrbar legalen Zulassung und Duldung neo-faschistischer Parteien und Organisations zu beurteilen ist.

Der Brandanschlag gegen eine Ausstellung, die in die Zeichenzeit der Weizsäcker erinnert, mahnt in ähnlicher Weise, sich daran zu erinnern, daß fünf Jahre vor dem Beginn der Naziterrorherrschaft, die NSDAP im Wahljahr 1928 2,6 % der Stimmen "legal" erhielt.

Angeleichts dieser Erinnerung und der erneuten faschistischen Provokation, fordern wir den zukünftigen Senat auf, im Sinne unseres Appells vom 21. 2. 89 an die Alliierte Kommandantur in Berlin (West) mit dem wir für die Auflösung der "Republikaner" als rechtsfaschistische Partei einkreten, tätig zu werden. Denn jeglichen Möglichkeiten faschistischer Propaganda und Provokationen muß der Boden entzogen werden - auch der des Abgeordnetenhauses und der Bezirksräte.

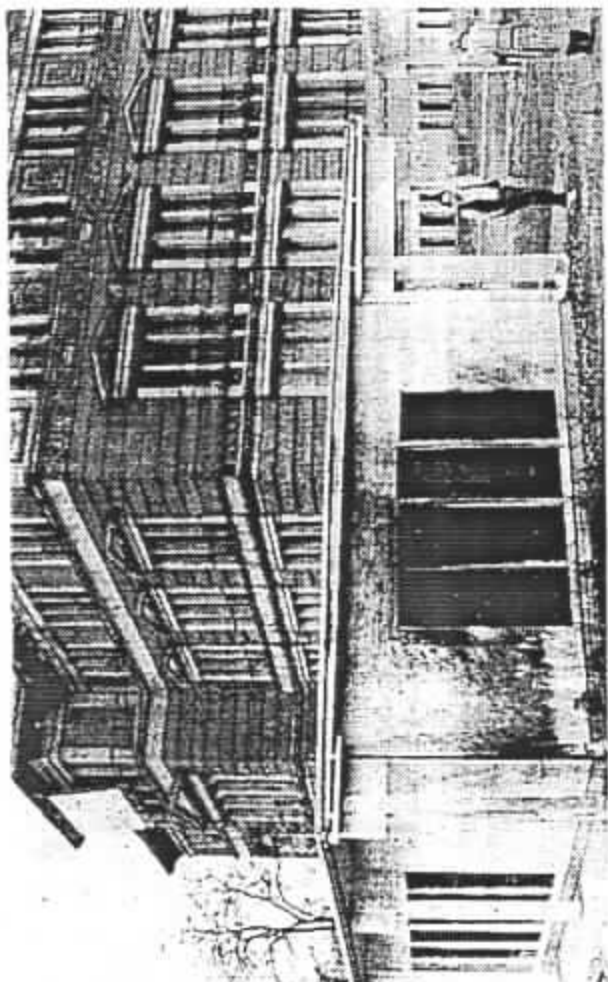
Im Namen des Vorstandes
der VVJ/VdA

Axel Prouschoff

.....
Axel Prouschoff - Geschäftsführer



Ansicht des Pavillons vom Gelände aus nach dem Anschlag am 09.03.89 (Foto: M. Rummel)



Nichts gelernt! Auf die Ausstellung "Topographie des Terrors" zwischen Stresemann- und Wilhelmstraße in Kreuzberg wurde am Donnerstagabend ein Brandanschlag verübt. Die Polizei vermutet, daß er von rechtsextremistischen Tätern verursacht wurde. Der Brandsatz richtete nur wenig Schaden an, da ein Wachmann die Flammen sofort löschte. Foto: Reuter

Brandanschlag auf Ausstellung auf ehemaligem Gestapo-Gelände

Polizei vermutet Täter in rechtsextremistischen Kreisen - Sachschaden

Bei einem Brandanschlag auf die Ausstellung "Topographie des Terrors" auf dem Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers in Kreuzberg entstand am Donnerstagabend leichter Sachschaden. Die Täter sind nach Vermutungen der Polizei in rechtsextremistischen Kreisen zu suchen. Ein der Tat verdächtiger 35 Jahre alter Mann wurde von der Polizei wieder entlassen. Er konnte ein Alibi für die Tatzeit vorweisen. Die Polizei fand keine Anhaltspunkte, die ihren Verdacht gegen den Festgenommenen bestätigte.

Der Mann war Polizeibeamten kurze Zeit nach dem Anschlag in der Nähe der Stresemannstraße aufgefallen. Ihr Verdacht war durch einen leichten Benzingeruch und Lehm an den Schuhen des Mannes erregt worden.

Bei der Explosion der Brand-Spreng-Vorrichtung waren zwei Scheiben des Gebäudes zerstört worden und Benzin in das Innere gelaufen. Dabei wurde ein Holzbalken entzündet, der von einem Wachmann gelöscht werden konnte. Unbekannte hatten eine selbstgebaute

Rohrbombe mit einem gefüllten fünf Liter fassenden Benzinkanister kombiniert und über Zeitschaltuhr mit Batterie gezündet. Die Rohrbombe war nach Angaben eines Beamten des polizeilichen Staatsschutzes, der die Ermittlungen übernommen hat, an beiden Enden verschraubt. Eine derartige Kombination von Spreng- und Brandsatz sei bisher in Berlin noch nicht verwendet worden, sagte er.

Hinweise auf die Täter fehlen. Es wurden weder Selbstbeziehungsschreiben noch Schmierereien entdeckt.

Der Kreuzberger Bürgermeister Wolfgang Krüger verurteilte gestern den Anschlag und appellierte an alle Kreuzberger, sich des Mittels der Gewalt in politischen Auseinandersetzungen zu enthalten.

Nach Auffassung der AL-Abgeordneten Sabine Weisler muß der Anschlag auf die Ausstellung im Zusammenhang mit einer Reihe von Anschlägen gegen Orte des Gedenkens für Opfer des Naziterrors gesehen werden. (Tsp)

Der antifaschistische Widerstand wächst

Antifa-Gruppen verzeichnen seit dem Wahlerfolg der »Republikaner« wachsendes Interesse, sich gegen Rechtsradikalismus zu engagieren / Neue AGs schießen wie Pilze aus dem Boden / Aus Angst vor Neonazis finden Treffen meist im Verborgenen statt

Hauptsache »Anti-!« Galt dieses Motto seit Jahren als zentraler Schlachtruf eines jeden Berliner Szenemenschen, so hat der Ausdruck des Protests nicht zuletzt in den vergangenen sechs Wochen wieder an Bedeutung gewonnen: Antifaschismusgruppen wehren sich gegen rechtsradikale Strömungen in der Stadt.

Gegen Rassismus und Faschismus mobilisieren einige Antifa-Gruppen schon seit langem. Nach dem Wahlerfolg der »Republikaner« Ende Januar jedoch schließen die Antifaschismusgruppen und Arbeitsgemeinschaften wie Pilze aus dem Boden. In allen Stadtteilen und verstärkt auch an Schulen wächst die Bereitschaft, sich aktiv gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Gewalt einzusetzen. So berichtet ein Sprecher des »Aktionsbündnisses gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus«: »Nicht nur etablierte Gruppen, wie Aktion Sühnezeichen oder der DGB beschäftigen sich mit den rechtsradikalen Strömungen in der Stadt, sondern auch immer mehr Nachbarschaftsgruppen oder auch Betroffene.« Die Anzahl der Antifa-Gruppen in der Stadt wachse ständig und sei kaum noch zu

überblicken, so der Vertreter des Aktionsbündnisses. Seit einem Jahr gilt das Aktionsbündnis als Koordinationstreffpunkt aller Berliner Antifa-Gruppen. Eine »Ausländer rein!«-Fete hatten die Schöneberger schon vor der Wahl im Januar mit großem Erfolg veranstaltet.

Über regen Mitgliederzuwachs berichtet ein Vertreter der VVN-Verband der Antifaschisten. Interessierte aus allen Alters- und Berufsgruppen wollten sich plötzlich engagieren. Auch die Diskussions- und Infoveranstaltungen, so der Sprecher, würden seit neuestem »sehr gut besucht«. Zu einem Film- und Diskussionsabend gegen Ausländerfeindlichkeit, der nur für Frauen angeboten worden war, seien am vergangenen Sonntag über 60 Interessentinnen gekommen.

Wie die Arbeit der Antifa-Gruppen in den einzelnen Bezirken aussieht, wird am Beispiel Moabit deutlich. Dort hat sich vor vier Wochen eine Arbeitsgemeinschaft gegen Ausländerfeindlichkeit gebildet. »Wir beschäftigen uns gerade mit dem Parteiprogramm der »Republikaner«, denn bevor wir nicht detailliert wissen, was es mit dieser Partei auf sich hat, können wir ja schlecht

entscheiden, ob sie verboten gehört oder nicht«, erklärt eine Sprecherin der Moabiter Antifa-Gruppe. Auch dem Antifaschistischen Bündnis in Schöneberg ist die inhaltliche Arbeit wichtig. So zeigten die Schöneberger nach der Wahl nochmals den ausländerfeindlichen Wahlsport, um darüber zu diskutieren.

Über mangelnde Besucherzahlen kann sich seit neuestem auch das Antikriegsmuseum im Wedding nicht mehr beklagen. Zwei bis drei Schulklassen pro Tag würden sich über Kriegs- und Faschismuszeiten informieren, so einer der »Museumswächter« in der Genter Straße. Meistens seien es die LehrerInnen, die eine zunehmende Rechtsradikalität unter SchülerInnen feststellen würden und deshalb ihre Klasse herbrächten. »Die meisten Schüler sind erst mal geschockt, wenn sie unsere Dokumentationen sehen, aber so richtig ihre Meinung dazu äußern, tun sie eigentlich selten«, erklärt der Mann vom Antikriegsmuseum.

Was die Arbeit aller Antifa-Gruppen überschattet, ist die Angst vor rechtsradikalen Übergriffen. So finden die meisten Treffen an geheimgehaltenen Orten statt. Kontaktadressen gibt es in den seltensten

Fällen. »Die meisten Gruppen haben sich Postfächer zugelegt. So kann man sich schriftlich an die wenden«, meint eine Frau aus der Moabiter Antifa-AG. Die 25 Mitglieder ihrer Gruppe treffen sich regelmäßig in einem Lokal. »Wenn das die Skinheads wüßten, würde das wahrscheinlich kurz und klein geschlagen«, beschreibt sie die Situation.

Trotz allem: Auf Informationen per Telefon setzen seit neuestem die Mitarbeiter des Regionalbüros für Wirtschaft und Antirassismus, das Aktive Museum Faschismus und Widerstand sowie verschiedene Antifa-Gruppen. Sie haben drei Telefonnummern eingerichtet, um den Berlinern die Möglichkeit zu geben, rassistische und faschistische Schmierereien, Neonazi-Treffen oder Diskriminierungen bekannt zu machen. Außerdem sollen sich InteressentInnen über Antifa-Arbeit und Aktionen informieren können. (Die drei Telefonnummern: 861 94 22/261 76 61/692 15 99.

cb

Neonazis und Skins: Brandanschläge, Prügeleien, Überfälle

Seit dem Einzug der REPs in das Abgeordnetenhaus häufen sich in der Stadt die offenen Auftritte der Rechtsextremisten
Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine vorläufige Chronologie rechtsradikaler Anschläge, Aufmärsche und Überfälle

6.1.1989: Drei antifaschistische Gedenkstätten werden geschändet. Zunächst unbekannt Täter deponieren Schweineköpfe in der Gedenkstätte Plötzensee, am Rosa-Luxemburg/Karl-Liebknecht-Denkmal am Landwehrkanal und an der Putzitzbrücke, wo im Faschismus Juden zusammengepfertcht und in Konzentrationslager abtransportiert wurden. Innenminister Krawinkel verurteilt die Nazi-Aktion, zu der sich eine »Bewegung 20. April« bekennt, als Resultat einer »abstrusen politischen Denkweise«. Senatssprecher Fecht hält »Verrückte und Geistesgestörte« für die möglichen Täter. Innenminister Birkenbeul weist die Vermutung, bei den Tätern handele es sich um Neonazis, zurück. Es sei nicht auszuschließen, daß die Aktion das Werk von »spontan zusammengekommenen Einzeltätern« sei. Anfang Februar wird der als Neonazi bekannte 40-jährige Ekkehard W. zündend Tatverdächtiger festgenommen. W. ist mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen gemeinsamer Aktionen mit neonazistischen Bombenlegern aus Tübingen und dem Mordversuch an einem jüdischen Soldaten in Berlin zu Beginn der siebziger Jahre.
16.1.1989: Fünf junge Männer im Alter von 16 bis 22 Jahren werden in Slegtitz vorläufig festgenommen, weil sie über 100 Aufkleber mit Hakenkreuzen beiseite tragen. Sie werden erwischt, als sie eine Telefonzelle und eine Bushaltestelle mit Parolen wie »NS-Verbot aufheben« oder »Kauf nicht bei Juden« bekleben. Hinter den Aufklebern steckt die neonazistische NSDAP/AO.
29.1.1989: Die »Republikaner« ziehen mit

7,5 Prozent der Stimmen ins Abgeordnetenhaus ein. Zuvor hatte die in Berlin verbotene NPD zur Wahl der Rechtsradikalen aufgerufen.

30.1.1989: Ein 19-jähriger Berliner wird wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einem halben Jahr Jugendstrafe mit Bewährung verurteilt. Er hatte eine Afrikanerin bedroht und beschimpft. Der Täter ist bereits wegen der »Verwendung von NS-Symbolen« verurteilt.

4.2.1989: Zwei Rechtsradikale stecken den VW-Bus der Neuköllner Falken in Brand. Die beiden jungen Männer, 17 und 18 Jahre alt, werden vorläufig festgenommen.

12.2.1989: Zwei rechtsradikale Schüler werden in einer Rudower Kneipe festgenommen. Sie gröhnten Nazi-Lieder. Als die Polizei ihre Personalien feststellen will, schlagen sie sich. Die Beamten finden einen ganzen Karton voller NS-Propagandamaterial bei dem 17- und 18-jährigen. Sie werden vorläufig festgenommen.

20.2.1989: Der Vorsitzende der Jungen Union Spandau kündigt in einem offenen Brief an Walter Momper seinen Gang in den Untergrund an, falls in Berlin eine rot-grüne Koalition zustande komme.

1.3.1989: Rund 1.000 Rechte und Rechtsradikale demonstrieren in der Berliner City gemeinsam gegen das »rot-grüne Chums«. Auf der Demo werden Sprüche wie »Rotfront verrecke« und »AL-raus!« skandiert.

8.3.1989: Die Polizei beschlagnahmt bei einem 38-jährigen Berliner 1.300 Raubkopien

von Computertapes mit teilweise neonazistischem und pornographischem Inhalt. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Symbole.

In der Neuköllner Fritz-Karsen-Schule soll ein Elternabend stattfinden, weil ein rechtsradikaler Schüler Fotos von linken Lehrern und Schülern gemacht hat. Die Bilder wollte er nach eigenen Angaben an die neonazistische »Wannsee-Front« weiterleiten. Der Schulleiter sagte die Veranstaltung in letzter Minute ab. Sie wird eine Woche später nachgeholt. Während der Diskussion treten rechtsradikale Schüler mit rassistischen Äußerungen öffentlich auf. Vor der Veranstaltung wird eine 16-jährige Schülerin von Skinheads bedroht und verfolgt.

9.3.1989: Auf die antifaschistische Ausstellung »Topographie des Terrors« auf dem ehemaligen Gelände des »Prinz Albrecht Palais« nahe dem Martin-Greif-Bau wird ein Brandanschlag verübt. Der Schaden hält sich in Grenzen. Der Staatsschutz ermittelt seitdem und vermutet die Täter in rechtsextremen Kreisen. Ein Bekenntschreiben liegt nicht vor.

16.3.1989: Skinheads machen in Rudow nachts Jagd auf SchülerInnen der Neuköllner Albrecht-Dürer-Schule. Ein Schüler wird krankenhausreif geprügelt. Die Skins tragen zum Teil SS-Uniformen mit Totenkopfabzeichen und sind mit Leucht- und Gaspistolen bewaffnet. Zwei Skins werden festgenommen, gegen sie wird zur Zeit wegen »gefährlicher Körperverletzung« ermittelt. Die betroffene

nen Schülerin erhebt schwere Vorwürfe gegen Streifenpolizisten, die nicht in die Verfolgungsjagd eingegriffen haben und eine Schülerin am Straßenrand stehen ließen, obwohl sie gejagt wurde. Der Vorfall wird zur Zeit vom Innenamt untersucht und geprüft. Am Ernst-Reuter-Platz wird ein türkischer Jugendliche von vier Skins zusammengeschlagen. Der 17-jährige wird im Gesicht verletzt. Die Skins wollten ihm die Haare abschneiden und in den Springbrunnen werfen. Der Jugendliche erstattete Anzeige bei der Polizei.

18.3.1989: Fünf junge Männer und eine Frau werden in Reinickendorf festgenommen, weil sie das Postamt am Zeltlager Platz mit Parolen wie »Rotfront verrecke!« und Hakenkreuzen beschmierten.

22.3.1989: Zwei Skinheads überfallen nachts am Stuttgarter Platz in Charlottenburg zwei Touristen und prügeln sie krankenhausreif.

27.3.1989: Sechs Neonazis werfen die Scheiben eines Charlottenburger Cafés ein. Der Besitzer ist Iraner. Die Täter sind mit Messern bewaffnet, tragen Fotos von Adolf Hitler bei sich und rufen »Sieg Heil!«. Ein weiblicher Gast wird beim Überfall leicht verletzt. Die Täter können flüchten.

27.3.1989: Drei Skins überfallen am U-Bahnhof Konigssee Tor einen schwarzen GI-Soldaten. Der Mann wird mit Schlägen ins Gesicht traktiert. Auch hier entkommen die Täter.

PRESSEBERICHTUNG

Am 27.1.1999 erhielten drei Mitglieder des antifaschistischen Bündnis Steglitz folgende Anzeige:

"Gegen Sie wird ein Ermittlungsverfahren geführt, das folgende Beuldigung zum Gegenstand hat:
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (am Samstag den 14.01.1999 - 10 Uhr (am öffentlichen Straßenrand."

VAS VON DER HINTERGRUND DIESE ANZEIGE

Am 14.1.1999 haben ca. 20 Mitglieder des antifaschistischen Bündnis Steglitz in der Umgebung des Prenzlauer Platzes in Friedenau Flugblätter gegen die "Republikaner" verteilt. Einige trugen entsprechende Transparente.
Am gleichen Ort verteilten die "Republikaner" ihr Parteimaterial. In einem Streitgespräch teilte uns ein Flugblatt verteilender "Republikaner" mit, daß er Polizist sei.
Nach ca. einer Stunde wurden die "Republikaner" von einem Auto abgeholt.
Eine Gruppe von sechs Antifaschisten ging in Richtung Innsbrucker Platz. Ca. 100 Meter von Breclauer Platz entfernt wurde sie von zwei Streifenwagen der Polizei abgeholt.
Ein Mitglied der Gruppe, einem 15-jährigen Jugendlichen, wurde von der Polizei ein Transparent weggenommen und seine Personalliste aufgenommen. Auf dem Transparent war folgendes zu sehen:



Auf die Frage, warum die Polizei tätig werde, erklärte der eine Polizeibeamte (Dienstnummer 113 740), die "Republikaner" hätten auf Grund des Hakenkreuzes auf dem Transparent Strafanzeige wegen Beleidigung gestellt.
Auf den Vorschlag, das Hakenkreuz sichtbar durchzustreichen, ging die Polizei nicht ein.

Im den Zusammenhang, in dem das Transparent getragen wurde, deutlich zu machen, gaben zwei weitere Mitglieder des Bündnisses ihre Personalien und den Text der von ihnen getragenen Transparente an:

- 1) "Keine Stimme den 'Republikanern'"
- 2) "Keine Rassistin ins Abgeordnetenhaus
keine Stimme den 'Republikanern'"

Zwei Flugblätter, die das antifaschistische Bündnis Steglitz verteilt hatte, werden ebenfalls von der Polizei beschlagnahmt.
Nachdem der Streifenwagen weggefahren war, hielt an der weißen Stelle der PKW, mit dessen die Flugblätter verteilenden "Republikaner" abgeholt werden waren.
Am 27.1.1999 erhielten alle drei oben genannte Anzeige.

UNSERE EINSICHTUNG

Es ist offensichtlich, daß alle drei als Antifaschisten aufgetreten sind.
Trotzdem erhielten sie eine Anzeige, die ihnen feuchtschische Propaganda unterstellt.
Angesichts der Tatsachen,

daß in dieser Stadt antifaschistische Gedenkstätten von Neonazis geschändet werden,
daß Schulen mit nazistischen Parolen besprüht werden,
daß in Keckeln ausländische Schüler unter Polizeischutz zur Schule gebracht werden müßten,
daß in Verbindung der Vorsitzende der "Nationalistischen Front" kandidieren durfte,
daß eine Partei, deren Bundesvorsitzender ein Alt-Nazi ist und die mit rassistischen Parolen um Mitglieder wirbt, von 7,5% der Berliner Wähler gewählt worden ist,

ist es ein Skandal, daß Antifaschisten vom städtischen Seite verfolgt werden, in dem man ihnen unangemessen feuchtschische Propaganda unterstellt.
Außerdem wird uns in diesem Beispiet deutlich, daß offensichtlich die "Republikaner" innerhalb der Polizei auf Unterstützung rechnen können.

Für das antifaschistische Bündnis Steglitz

E. Buchholz
S. Schmidtke

SELBSTDARSTELLUNG NEUER MITGLIEDER

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

Geschäftsstelle: Dr.R.Rilling,
Gisselberger Str. 7 3550 Marburg

Der BdWi wurde 1968 auf Initiative der Marburger Hochschullehrer Wolfgang Abendroth und Werner Hofmann gegründet. Mit den Mitteln der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik sollten durch einen politischen Verband die Interessen der wissenschaftlichen Intelligenz vertreten und die sozialen und demokratischen Bewegungen außerhalb der Wissenschaft unterstützt werden. Es galt, die gesellschaftliche und politische Verantwortung der Wissenschaft neu wahrzunehmen.

Der BdWi hat gegenwärtig rund 1.600 Mitglieder. In ihm sind Natur- und Sozialwissenschaftler organisiert, etwa ein Drittel sind Frauen. Er ist der größte überparteiliche, fortschrittliche interdisziplinäre und politische Verband von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der BRD und Westberlin.

Veröffentlichungen:

- "Forum Wissenschaft" (Zeitschrift, vierteljährlich)
- "Informationsdienst Wissenschaft und Frieden" (Zeitschrift, zweimonatlich)
- "Studienhefte Forum Wissenschaft" (seit 1986)
- "Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden"

Der BdWi hat über 30 Sektionen in der BRD und Westberlin und ein Bonner Büro.

Adresse in Westberlin: Dr. Irmtraud Schlosser, Bülowstr. 15, 1000 Berlin 37

(Jutta Kaiser, Kaiserdamm 37, 1000 Berlin 19, Tel.: 302 12 94)

Ziele: Der BdWi

- nimmt durch Veranstaltungen, Konferenzen, Gutachten und Publikationen teil an der öffentlichen Auseinandersetzung um die Wissenschaft;
- streitet für ein öffentliches Hochschulwesen, für demokratische Strukturen in Forschung und Lehre und für die soziale Absicherung der in diesem Bereich Tätigen;
- bemüht sich angesichts der schrumpfenden finanziellen Ressourcen im Wissenschaftsbetrieb und wachsender Arbeitslosigkeit im akademischen Bereich um Solidarität und gemeinschaftliche Teilhabe am Wissenschaftsprozess;
- nimmt die politischen Interessen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an Veränderungen der vorhandenen Macht- und Kräfteverhältnisse in der Wissenschaft und Gesellschaft wahr.

Bildung in der Naturfreundejugend

Als parteipolitisch unabhängiger aber durchaus politischer Jugendverband bietet die Naturfreundejugend Jugendlichen vielfältige selbstbestimmte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten, persönliche Qualifikationen, geben wir Unterstützung in der Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit, um eigene Interessen zu erkennen und Strategien für ihre Durchsetzung in Schule, Betrieb und Freizeit gemeinsam mit anderen zu entwickeln.

Die Aneignung und Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit erfolgt in erster Linie in verschiedenen Gruppen, deren Wirken vielseitig unterstützt wird. Darüberhinaus und ergänzend finden Wochenendseminare zu aktuellen Themen, wie Umweltschutz, Frieden, neofaschistische Tendenzen, statt. Wir beschäftigen uns auf den Seminaren aber auch mit Fragen und Problemen des alltäglichen Miteinander und unserer Lebens- und Arbeitsspektiven. Außer Wochenendseminaren bieten wir

für jugendliche Arbeitnehmer einwöchige Seminare in der BRD im Rahmen des Bildungsurlaubgesetzes an. Seminare verstehen wir nicht als reine Wissensvermittlungsveranstaltung wie 'Schule', sondern sie dienen im wesentlichen auch dazu, sich mit den Interessen, Einstellungen und Erfahrungen anderer auseinanderzusetzen, individuelle und politische Orientierungshilfen zu ermöglichen.

Spielerische Elemente, Rollenspiele, Erstellung von eigenen Videofilmen oder Theaterstücken sind wichtige Bestandteile in den Seminaren. An unseren Seminaren und Veranstaltungen sind auch Nichtmitglieder willkommen.



Im Frühjahr jedes Jahres finden Fortbildungsveranstaltungen für die Teamerinnen und Teamer unserer Ferienreisen statt.

Für 'Fortgeschrittene' und besonders Engagierte gibt es noch sogenannte Qualifizierungsseminare, die von der Bundesjugendleitung oder der Naturfreundejugend-Internationalen angeboten werden.

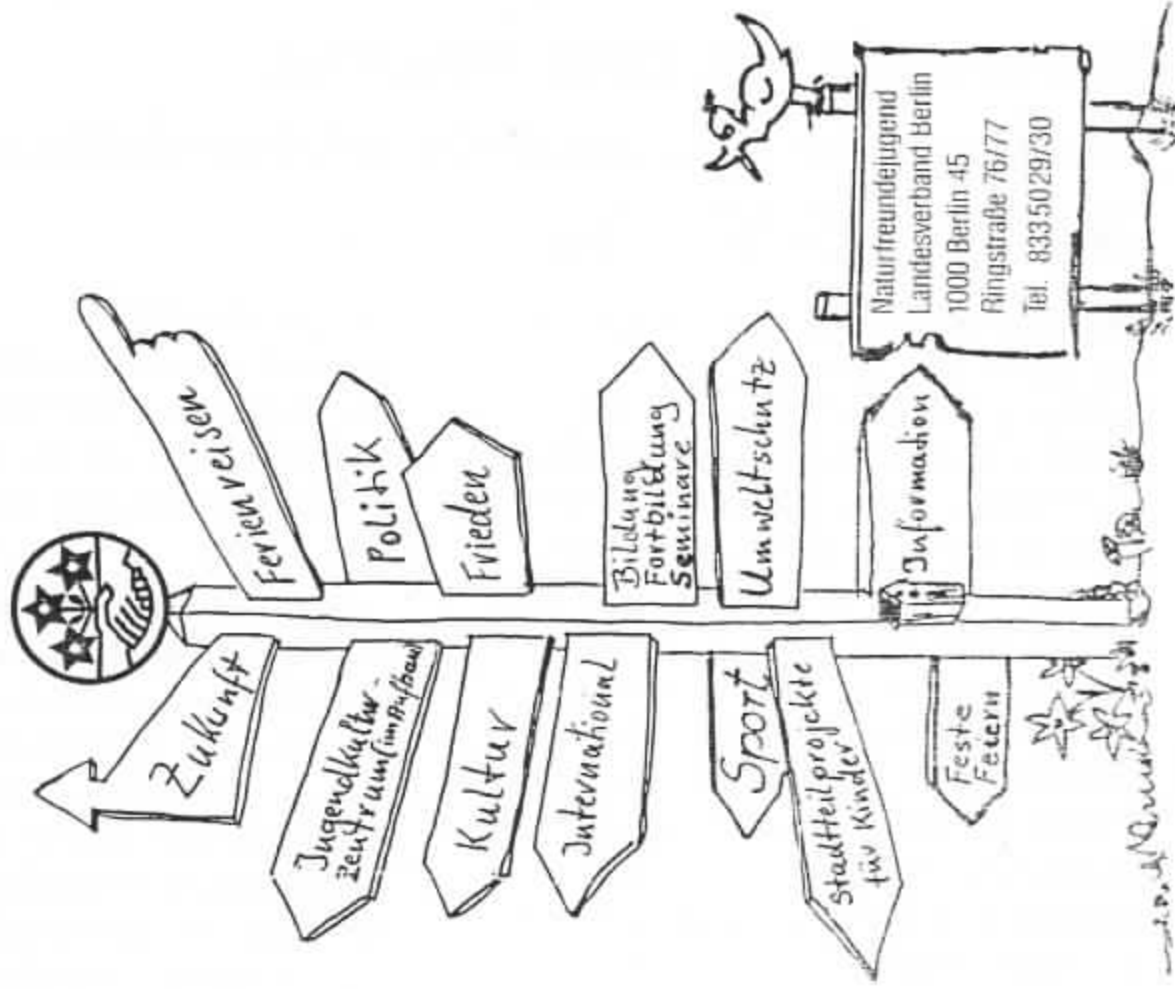
Wer will,

daß die Welt bleibt,
wie sie ist,

Will nicht,
daß sie bleibt!

Ein Zitat von G. Hegel
NATURFREUNDE

Naturfreundejugend



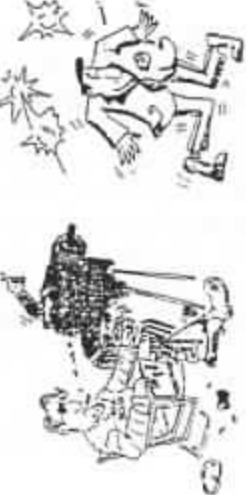
Freizeit, Kultur und Sport

Freizeit- und Kulturarbeit bei der Naturfreundejugend bedeutet: Freizeit sinnvoll zu gestalten, gemeinsam statt einsam seinen Interessen nachzugehen, Gemeinschaftsgefühl und Solidarität zu entwickeln, andere Lebens- und Umgangsformen auszuprobieren und zu erfahren, Wissen und Spaß an den eigenen schöpferischen, kreativen und sportlichen Möglichkeiten zu entdecken und zu fördern, jedoch nicht losgelöst von der jeweiligen Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen.

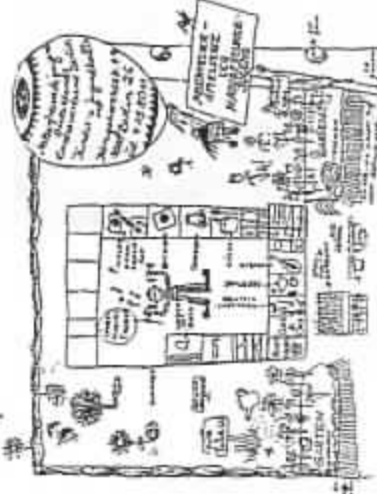
Die meisten Aktivitäten sind einbezogen in unsere allgemeine Kinder- und Jugendarbeit, als da sind:



Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche



Sport- und Interessengruppen (Kanu-club, Wintersportgruppe, Fotografiergruppe, Friedensgruppe, Schülergruppe, Klettergruppe)

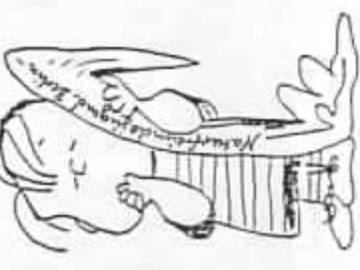


Kinder- und Jugendstadteilprojekte im Märkischen Viertel und in Henköllin



Zentrale Kinder- und Jugendfeste (Pfingstfest für Jugendliche, Sommerabschlussfest unserer Ferienreisen, Kinderfest im Oktober, u.a.)

Aufbau eines Kultur- und Freizeitzentrums in Schöneberg für Jugendliche



Internationale Jugendarbeit

Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit



Junger Menschen aus der UdSSR, in den letzten Jahren ausschließlich aus unserer Partnerstadt Kursk.



Die Internationale Jugendarbeit nimmt innerhalb der Naturfreundejugend in Berlin einen wichtigen Platz in der politischen Tätigkeit ein.

Zur Entwicklung von Völkerverständigung und -freundschaft, zur Überwindung von Vorurteilen und nationalistischen Tendenzen, als einen Beitrag zum Erhalt des Friedens in Europa und im Rahmen der antifaschistischen Arbeit führen wir folgende unterschiedliche Tätigkeiten durch:

- internationale Begegnungen mit Jugendlichen in west- und osteuropäischen Ländern
- Pflege und Ausbau des Jugendaustausches mit der UdSSR, insbesondere mit jungen Menschen der Stadt Kursk (400 km südlich von Moskau). So fahren wir seit 1971 jährlich mit einer Gruppe in die UdSSR und seit 1980 empfangen wir jedes Jahr eine Gruppe

- Pflege und Ausbau der Kontakte zu Jugendlichen in Ungarn (Bordentouren)

- Pflege der Kontakte zur FDJ in der DDR im Rahmen von Delegationsfahrten in die DDR und gemeinsamer Veranstaltungen auch in Berlin (West), Bemühungen um einen Jugendaustausch mit der DDR

- Durchführung von Gedenkstättenfahrten in ehem. Konzentrationslager

- Regelmäßige Teilnahme an Seminaren und Fahrten der Naturfreundejugend-Internationale



KREUZBERGER GEDENKTAFELPROGRAMM

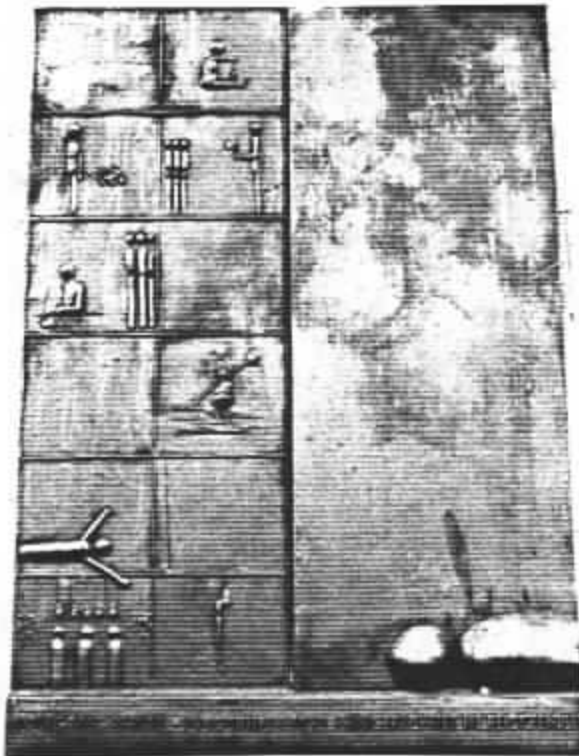
Im Rahmen des Antifaschistischen Kreuzberger Gedenktafelprogramms wurden am 16. Dezember 1988 zwei Gedenktafeln eingeweiht.

Eine zum Gedenken an Hanni Meyer. Es ist eine Bronzetafel, geschaffen durch den Berliner Bildhauer Claus Korch. Sie befindet sich in der Ritterstraße 16, Nähe des U-Bahnhofes Prinzenstraße.



Hanni Meyer gehörte zu der jüdisch kommunistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum, mit der zusammen sie antifaschistische Flugblätter verbreitete. In der ehemaligen Lampenschirmfabrik Paulus an der Ritterstraße 16, an deren Stelle die Gedenktafel angebracht ist, mußte Hanni Meyer als Jüdin Zwangsarbeit leisten. Am 4. März 1943 wurde sie im Alter von 24 Jahren in Plötzensee hingerichtet.

Die zweite Gedenktafel ist Wolfgang Thiess gewidmet. Es ist ebenfalls eine Bronzetafel, geschaffen durch den Berliner Bildhauer Gerhard Moritzen. Sie befindet sich am U-Bahnhof Hallesches Tor.



Wolfgang Thiess gehörte zur illegalen Organisation des KJVD und der KPD in Kreuzberg. 1934 warf er aus dem fahrenden Hochbahnzug am Halleschen Tor antifaschistische Flugblätter. 1936 und 1937 war er mehrfach tätig als Kurier zur Leitung der KPD in Prag. Im Juli 1937 wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Entlassung arbeitete er weiter in illegalen Zirkeln, die in unmittelbarer Verbindung zur Widerstandsgruppe Schulze -Boysen/Harnack standen (Rote Kapelle), verbreitete Flugblätter und war für den Wirtschaftsteil der illegalen Zeitschrift "Innere Front" verantwortlich. Am 20. Oktober 1942 wurde Wolfgang Thiess verhaftet, vom

"Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt und am 9. September 1943 in Plötzensee hingerichtet.

Schon zuvor waren von der BVV-Kreuzberg zwei andere Gedenktafeln zur Erinnerung an die in der Prognomnacht vom 9. auf den 10. 11. 1938 zerstörten Synagogen eingeweiht worden.

Mit einem Gedenkstein von der Berliner Bildhauerin Cornelia Lengfeld wird an die zerstörte Synagoge am Fraenkelufer erinnert.



Eine Gedenktafel auf dem Grundstück der ehemaligen Liberalen Synagoge in der Lindenstraße 48-50 weist folgenden Text auf:

"An diesem Ort stand eine 1891 erbaute Synagoge der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Mit 1800 Plätzen zählte sie zu den größten Gotteshäusern in der Stadt.

Die Synagoge lag im hinteren Teil des Grundstücks der Lindenstraße 48-50.

Im Vordergebäude befanden sich Wohnungen und eine Religionsschule. Bei dem Prognom gegen Juden und jüdische Einrichtungen vom 9. zum 10. Nov. 1938 verwüsteten Nationalsozialisten das Innere der Synagoge. Die Wirtschaftsverwaltung des Deutschen Reichs benutzte den Synagogenraum als Getreidelager.

Im Vorderhaus wohnten 1942 Lotte und Siegbert Rotholz. Sie gehörten der jüdisch kommunistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum an und stellten ihre Wohnung für illegale Zusammenkünfte zur Verfügung. Siegbert Rotholz wurde 1943 hingerichtet, Lotte Rotholz im Konzentrationslager Auschwitz ermordet.

Das Gebäude der Synagoge wurde im Februar 1945 bei einem Luftangriff beschädigt. 1956 erwarb das Land Berlin das Gelände und ließ die Überreste der Synagoge abreißen."



Fotos: Monika Rummler

INHALT

Vorwort	S. 1
Der neue Vorstand	S. 2
Stellungnahme zur Forderung nach einem Holocaust-Mahnmal	S. 3
Pressedokumentation zur Diskussion um ein Holocaust-Mahnmal	S. 7
Von der Langsamkeit mahlender Mühlen	S. 12
Antrag an die BVV-Kreuzberg	S. 14
Es ist Zeit zum Handeln	S. 15
Veranstaltungsangebot	S. 17
Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände - Ein Diskussionsbeitrag	S. 18
Die "Topographie des Terrors" in Berlin (Ost)	S. 23
Ausstellung	S. 25
Brandanschlag	S. 26
Antifa-Gruppen	S. 27
Presseerklärung	S. 28
Selbstdarstellung neuer Mitglieder	S. 29
Kreuzberger Gedenktafelprogramm	S. 32
Inhalt/Termine/Impressum	S. 34

IMPRESSUM

Hrsg.: AKTIVES MUSEUM
Faschismus und Widerstand
in Berlin e.V.

Redaktion: Klaus Döring
Monika Rummler

unter Mitarbeit von: Frank Bilgi
Karin Koch

V.i.S.d.P.: Thomas Lutz

Auflage: 170

TERMINE

23.05. Dienstag 20 Uhr

"Ort der Täter - Ort für ein Mahnmal?"

Diskussionsveranstaltung mit Jochen Spielmann und Frank Dingel in den Clubräumen der Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 1000 Berlin 21, U-Bhf Hansaplatz

07.06. Mittwoch 15.30

Eröffnungsveranstaltung des Evangelischen Kirchentages auf dem Gestapo-Gelände

Rednerin: Hildegard Hamm-Brücher

Mitte Juni (Vorankündigung)

Podiumsdiskussion in Fortführung der Diskussion vom 23.05.89 (s.o.)

21.05. Sonntag 11 Uhr

Radtour der SJD-Die Falken
Treffpunkt Potsdamer Straße vor dem Kontrollratsgebäude, U-Bhf.Kleistpark
"40 Jahre Wiederbewaffnung, Kalter Krieg, Deutscher Herbst usw.- Ein Grund zum Feiern?"

REDAKTIONSSCHLUSS des nächsten Rundbriefs

Ende Juni!



Gerhard Schoenberger bei der Kranzniederlegung am 8. Mai 1988 auf den Fundamentresten des Hausgefängnisses der Gestapo-Zentrale